

# Sand im Getriebe 122

## WERKSTATT

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

Seit bald zwei Jahren hat die SiG-Redaktion ihre „Werkstatt“ geöffnet. Sie enthält erste Entwürfe der nächsten Nummern, Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen und aktuelle Meldungen.  
Die hier erscheinende „Werkstatt“ ist eine noch sehr vorläufige Version von SiG 122. Geplantes Erscheinungsdatum: 8. November 2016. Wir freuen uns über Anmerkungen und Hinweise der Leser/-innen!

## Die neue Unzufriedenheit mit der Globalisierung

**Walden Bello:** Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen

**Joseph E. Stiglitz:** Die neuen Unzufriedenen der Globalisierung

**Weltsozialforum 2016:** Francisco Mari (Brot für die Welt) – Carolina Sachs und Hugo Braun (Attac De) – Tazio Müller (Rosa-Lux.-Stiftung) –  
Erlassjahr: Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt!

**G20:** Was ist G20 / Ergebnisse des G20-Treffens im September 2016: Stellungnahmen vom internationalen Gewerkschaftsbund, Klimaretter-Info, Oxfam

**CETA: Danke Wallonien!** - Die Auseinandersetzungen gehen weiter (Attac De, Attac At)

### EU-Militarisierung

**Syrien:** Aktionstage / Aufruf gegen einen drohenden größeren Krieg /  
Terror als Mittel zur Überwindung der Demokratie /  
Rede auf der Demonstration „Nieder mit den Waffen“

### Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung

Französische Gewerkschaft **CGT: Offensiven im Herbst**

Europa – **Frontex 2.0. : EU-Grenzschutzagentur** bekommt Eingreiftruppe und mehr Kompetenzen gegenüber Nationalstaaten

Geflüchtete: Initiativen 50 aus Idomeni / Durchsetzung der Relocation

**Konferenz „Rights 4 all Now“ in Brüssel am 25. und 26. November**



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

**Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org)**

**Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an [sig-abo@gmx.de](mailto:sig-abo@gmx.de). Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €,

ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft **Bis zur Nr. 112: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften** **Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.**

**Redaktion:** Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

# Walden Bello

## Eine Rückschau auf die Lehren der Schlacht von Seattle und deren Nachwirkungen

*Rede bei der Eröffnungsplenarsitzung der 111. Versammlung der Amerikanischen Soziologischen Gesellschaft im Washington State Convention Center am 19. August 2016*

Die Schlacht von Seattle bescherte mir zahlreiche Lektionen, und eine davon ist die, dass Polizistinnen beim Austeilen den Polizisten in keiner Weise nachstehen. Ich wurde von einer Angehörigen der Polizeitruppe von Seattle zusammengeslagen, übel, doch offensichtlich nicht tödlich. Gestern beschloss ich, eine Reise in die Vergangenheit zu machen und den Ort des Verbrechens aufzusuchen. Ich erinnere mich daran, dass ich Medea Benjamin von Code Pink (US-amerikanische pazifistische Bürgerrechtsbewegung, A. d. Ü.) sah, die ziemlich grob behandelt wurde, und ich vorwärts stürmte, um zu versuchen, die Polizei von ihr abzubringen. In diesem Moment hetzte eine Polizistin hinter mir her und begann, mich mit ihrem Schlagstock zu traktieren, gleichzeitig zerrte sie an mir und warf mich auf die Straße, als Gnadenstoß erhielt ich einen gut gezielten Tritt in mein Hinterteil. Doch das war nicht der härteste der Schläge. Der schwerste Schlag traf mein Ego: Ich wurde geschlagen und getreten, aber als nicht haftfähig angesehen.

Wie einst Cäsar möchte ich meine Rede in drei Abschnitte unterteilen. Der erste enthält einige Überlegungen zur Bedeutung Seattles für die Veränderung in den Erkenntnissystemen. Der zweite beschäftigt sich mit einer Diskussion darüber, wie trotz der tiefen Krise des Neoliberalismus das Finanzkapital es geschafft hat, enorme Macht zu bewahren. Der dritte ist ein Appell für eine neue umfassende Vision der erstrebenswerten Gesellschaft.

### Seattle und die Krise des Neoliberalismus

Wir alle kennen die Theorie von Thomas Kuhn über das Zustandekommen von Veränderungen in den Naturwissenschaften. Unstimmige Daten passen nicht mehr in das alte Paradigma, dann kommt jemand mit einem neuen daher, mittels dessen sie erklärt werden können. Gesellschaftswissenschaftler haben sich Kuhn bei ihren Anstrengungen zu eigen gemacht, die Ablösung und den Ersatz des vorherrschenden Denkens in Politik, Wirtschaft und Soziologie zu erklären. Während die Rolle unstimmiger Daten meines Erachtens ausgiebig erforscht wurde (so zum Beispiel im Falle der Ablösung des Keynesianismus in den späten siebziger Jahren sowie der Theorie von der rationalen Entscheidung und der Markteffizienzhypothese während der laufenden Finanzkrise), hat man bei den Erklärungen für den Wandel innerhalb der Erkenntnissysteme die Rolle kollektiver Aktionen nicht angemessen berücksichtigt.

Aus meiner Sicht unterstreicht die Schlacht von Seattle die sehr wichtige, wenn nicht bestimmende Rolle kollektiver Massenaktionen bei der Verdrängung von Erkenntnissystemen. Lassen Sie mich das erklären. Mittlerweile ist allgemein akzeptiert, dass die Globalisierung

ein Fehlschlag war hinsichtlich der Einlösung ihres dreifachen Versprechens: Befreiung der Länder aus der Stagnation, Überwindung der Armut und Verminderung der Ungleichheit. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise, deren Wurzeln in der von den Konzernen betriebenen Globalisierung und Liberalisierung des Finanzsektors liegen, hat der Ideologie des Neoliberalismus den letzten Sargnagel beschert.

Doch vor mehr als zwei Jahrzehnten lagen die Dinge ganz anders. Ich erinnere mich noch an den Geruch des Triumphs, der das erste Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Singapur im November 1996 umgab. Dort erklärten uns Vertreter der USA und anderer entwickelter Länder, dass die von den Konzernen vorangetriebene Globalisierung unvermeidlich sei, dass dieser die Zukunft gehöre und dass die einzig verbliebene Aufgabe nun sei, die Politik von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und WTO „kohärenter“ zu gestalten, um schneller zur neoliberalen Utopie einer integrierten Weltwirtschaft zu gelangen.

In der Tat schien die Wucht der Globalisierung alles, einschließlich der Wahrheit, vor sich herzuschieben. In dem Jahrzehnt vor Seattle gab es eine Menge Studien, einschließlich Berichten der Vereinten Nationen, die die Behauptung infrage stellten, dass die Globalisierung und die Politik der freien Märkte zu anhaltendem Wachstum und Wohlstand führten. Tatsächlich zeigten die Daten, dass Globalisierung und marktorientierte Politik Ungleichheit und Armut förderten sowie die wirtschaftliche Stagnation, insbesondere im globalen Süden, verfestigten. Dennoch blieben diese Zahlen in den Augen von Akademikern, der Presse und von Entscheidungsträgern „Halbwahrheiten“ anstatt Tatsachen; von diesen Gruppen wurde eifrig das neoliberale Mantra wiederholt, wonach eine wirtschaftliche Liberalisierung Wachstum und Wohlstand fördere. Die im Hörsaal, in den Medien und in politischen Kreisen bis zum Erbrechen wiederholte orthodoxe Sichtweise betrachtete die Kritiker der Globalisierung als moderne Wiedergeburten der Maschinenstürmer oder, wie Thomas Friedman uns abschätzig bezeichnete, als Anhänger der Theorie, die Erde sei eine Scheibe.

**1999 kam dann Seattle.** Nach den turbulenten Tagen in dieser Stadt begann die Presse über die „dunkle Seite der Globalisierung“ zu sprechen, über die durch die Globalisierung geschaffene Ungleichheit und Armut. Danach gab es spektakuläre Absatzbewegungen im Lager der neoliberalen Globalisierung, wie die des Finanziers **George Soros**, des Nobelpreisträgers **Joseph Stiglitz** und des Starökonom **Jeffrey Sachs**. Der intellektuelle Rückzug aus der Globalisierung erreichte 2007 eine Art Höhepunkt in einem umfassenden Bericht einer Gruppe neoklassischer Wirtschaftswissenschaftler, angeführt von Angus Deaton aus Princeton und dem früheren Chefökonom des IWF, **Ken Rogoff**, in dem strikt Folgendes behauptet wurde: Die Forschungsabteilung der Weltbank – die Quelle der meisten Be-

teuerungen, wonach Globalisierung und Handelsliberalisierung zu niedrigeren Armutsraten, anhaltendem Wachstum und weniger Ungleichheit führten – habe die Daten absichtlich verfälscht und/oder ungerechtfertigte Behauptungen aufgestellt.

In der Tat bleibt der Neoliberalismus das Standardthema zahlreicher Ökonomen und Technokraten. Doch schon vor dem jüngsten weltweiten Finanzkollaps hatte er bereits viel von seiner **Glaubwürdigkeit und Legitimität verloren**.

**Wie kam es dazu? Weniger durch Forschung und Debatten als durch Handeln.** Es brauchte die Aktionen von Menschenmassen gegen die Globalisierung in den Straßen Seattles, die in der Art eines Synergismus mit dem Widerstand von Repräsentanten aus Entwicklungsländern hier im Sheraton Convention Center sowie polizeilichen Übergriffen zusammenwirkten und so zum spektakulären Scheitern des WTO-Ministertreffens führten und jene Halbwahrheiten in Fakten, in Wahrheit verwandelten. Und das intellektuelle Debakel, das die Globalisierung in Seattle erlitt, hatte sehr reale Folgen. Heute gibt der *Economist*, die intellektuelle Offenbarung der neoliberalen Globalisierung, zu, dass „die Integration der Weltwirtschaft an fast jeder Front auf dem Rückzug ist“ und dass sich aktuell ein Prozess der „Deglobalisierung“ entwickelt, der einstmals undenkbar erschienen.

**Seattle war, um mit Hegel zu sprechen, ein „weltgeschichtliches Ereignis“.** Dessen bleibende Lektion besteht darin, dass die Wahrheit nicht einfach da ist, objektiv existierend und für alle Ewigkeit. Die Wahrheit wird durch Handeln ergänzt, in die Tat umgesetzt und bestätigt. In Seattle haben ganz normale Männer und Frauen durch gemeinsames Handeln Wahrheit in die Tat umgesetzt und dadurch ein intellektuelles Denkmuster diskreditiert, das als ideologisches Korsett bei der Kontrolle durch die Großunternehmen diente.

Ich möchte nicht behaupten, der Neoliberalismus sei in Seattle besiegt worden. Aber, um eine kriegerische Metapher zu benutzen, Seattle war sicherlich das Stalingrad des Neoliberalismus. Es brauchte eine weitere Dekade, bevor er endgültig zurückgedrängt wurde, und dazu bedurfte es der weltweiten Finanzkrise, die die Theorie der rationalen Entscheidung und die Markteffizienzhypothese hinwegfegte, die die Vorreiterrolle bei der Globalisierung des Finanzsektors gespielt hatten.

## Die anhaltende strukturelle Macht des Finanzkapitals

Doch die Zurückdrängung des neoliberalen Denkmusters ist nur die halbe Geschichte. Selbst in seiner ideellen Krise haben die Kräfte des weltweiten Kapitals ein **hartes Rückzugsgefecht** geführt. Um dies zu belegen, möchte ich nur auf die erfolgreichen Anstrengungen des Finanzkapitals hinweisen, angesichts der nackten Notwendigkeit umfassender Reformen und des gesellschaftlichen Konsenses darüber **jeglicher Veränderung zu trotzen**.

Als sich im **Herbst 2008** unter der Wall Street der Boden auftat, war viel davon die Rede, dass die **Banken** nun bekommen sollten, was sie verdient hätten, man sprach davon, die „Bankster“ (1) einzusperren und ein drastisches Regelwerk aufzustellen. Der gerade gewählte Barack Obama kam an die Macht, indem er Reformen des Bankwesens versprach, und warnte die Wall

Street mit den Worten: „*Meine Regierung ist das Einzige, was zwischen Ihnen und den Mistgabeln steht.*“

**Rund acht Jahre nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise ist offensichtlich, dass die dafür Verantwortlichen es geschafft haben, völlig ungestraft davonzukommen.** Und nicht nur das, sie waren auch in der Lage, die Regierungen dazu zu bringen, dass die Kosten der Krise und die Lasten der Sanierung ihren Opfern aufgebürdet wurden.

**Wie gelang ihnen das?**

**Die erste Verteidigungslinie der Banken** bestand darin, die Banken aus dem finanziellen Dilemma zu retten, das sie verschuldet hatten. Die Banken widersetzten sich rundweg dem Druck Washingtons, für gemeinsame Schutzmaßnahmen eigene Mittel zu verwenden. Indem sie den massiven Kursverfall nach dem Untergang von Lehman Brothers ausnutzten, waren die Repräsentanten des Finanzkapitals in der Lage, sowohl die Liberalen als auch die Rechtsaußenkräfte im Kongress zu erpressen, um deren Zustimmung zum 700 Milliarden US\$ schweren Troubled Asset Relief Programm (TARP, US-Programm zur Stabilisierung des Finanzsektors mittels staatlicher Beteiligung an Finanzinstituten, A. d. Ü.) zu erhalten. Eine Verstaatlichung der Banken wurde als unvereinbar mit „amerikanischen“ Werten verworfen.

Indem sie sodann die Defensivstrategie gegenüber Regulierungen anwendeten, die sie im Kongress über Jahrzehnte gefahren hatten, waren die Banken 2009 und 2010 in der Lage, die Dodd-Frank Wall Street Reform und den Consumer Protection Act (Gesetz zum Schutz der Verbraucher, A. d. Ü.) um drei Schlüsselemente zu beschneiden, die als notwendig für eine wirkliche Reform betrachtet wurden: Verkleinerung der Banken, institutionelle Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken, Verbot der meisten Derivate und effektive Regulierung des sogenannten Schattenbanksystems, das die Krise angefacht hatte.

Sie bedienten sich dabei der von Cornelia Woll so bezeichneten **„strukturellen Macht“ des Finanzkapitals**.

Eine Dimension dieser Macht waren die 344 Millionen US\$, die die Industrie in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 für **Lobbyarbeit** im US-Kongress ausgab, als die Gesetzgebung die Reform des Finanzsektors in Angriff nahm. Allein Senator Charles Dodd, Vorsitzender des Bankenausschusses des Senats, erhielt in den Jahren 2007 und 2008 2,8 Millionen US\$ an Zuwendungen aus der Wall Street.

Möglicherweise genauso mächtig wie die fest verwurzelte Lobby der Wall Street waren mächtige, den Bankern gewogene Stimmen im neuen **Regierungsapparat** von Obama, insbesondere Finanzminister Tim Geithner und der Chef des Wirtschaftsrates Larry Summers, die beide enge Mitarbeiter von Robert Rubin gewesen waren, der nacheinander als Kovorsitzender von Goldman Sachs, Finanzminister unter Bill Clinton und Vorsitzender sowie leitender Berater bei der Citigroup fungierte. Schließlich war der Finanzsektor dadurch erfolgreich, dass er die Verteidigung seiner Interessen mit einer der wenigen verbliebenen klangvollen Behauptungen der ansonsten zerfallenden neoliberalen Ideologie verband: Der Staat sei der Ursprung alles Schlechten, was in der Wirtschaft passiert. Während sie von der staatlichen Rettungsaktion profitierte, **gelang es der Wall Street, die Geschichte von den Ursachen der Krise umzuschreiben und Letztere vollständig dem Staat anzulasten**.

Dies ist am besten erkennbar am **Fall Europas**. Wie in den USA war die Finanzkrise in Europa eine angebotsgetriebene Krise. Die großen europäischen Banken strebten nach hochprofitablem Ersatz mit schneller Rendite für die wenig profitablen Investitionen in Industrie und Landwirtschaft, als da waren Immobilienkredite und Spekulationen in Finanzderivate, oder sie legten ihre überschüssigen Mittel in hochverzinslichen Staatsanleihen an. Tatsächlich haben Europas Banken in ihrem Drang, mehr und mehr Profite durch das Ausleihen von Geld an Regierungen, örtliche Banken und Bauträger zu erzielen, Irland, Griechenland, Portugal und Spanien mit 2,5 Billionen US\$ überschwemmt.

In der Folge stieg das Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt in Griechenland im Jahr 2010 auf 148 Prozent, was das Land an den Rand einer Staatsschuldenkrise brachte. Weil der Schutz der Banken im Vordergrund stand, bestand der Ansatz der europäischen Behörden zur Stabilisierung der griechischen Finanzen nicht darin, die Gläubiger für ihre verantwortungslose Kreditvergabe zu bestrafen, sondern darin, die Kosten der Anpassung ausschließlich den Bürgern aufzubürden.

**Die umgeschriebene Geschichte, nun fokussiert auf den „verschwenderischen Staat“ anstatt auf unregulierte private Finanzstrukturen als Ursache der Finanzkrise**, fand rasch ihren Weg in die USA, wo sie nicht nur zur Sabotage echter Bankenreformen Verwendung fand, sondern auch zur Verhinderung der Verabschiedung eines effektiven Konjunkturbelebungsprogramms im Jahr 2010. Christina Romer, ehemalige Vorsitzende von Barack Obamas Wirtschaftsrat, schätzte den Mittelbedarf für die Beendigung der Rezession auf 1,8 Billionen US\$. Obama bewilligte nur weniger als die Hälfte davon, nämlich 787 Milliarden US\$, wodurch er die republikanische Opposition beschwichtigte, jedoch eine frühzeitige Erholung verhinderte. Somit **fielen die Kosten für den Wahnwitz der Wall Street nicht den Banken, sondern den gewöhnlichen Amerikanern zur Last**, mit Arbeitslosenraten von mehr als 10 Prozent im Jahr 2011 und einer Jugendarbeitslosigkeit, die 20 Prozent überstieg.

**Der Triumph der Wall Street** bei der Zurückweisung der ihr geltenden öffentlichen Empörung in der Folge des Ausbruchs der Finanzkrise zeigt sich im Vorfeld der **Präsidentenwahlen von 2016**. Die US-Statistik spricht eine klare Sprache: 95 Prozent der Einkommenssteigerungen zwischen 2009 und 2012 gingen an **das oberste Prozent**, das mittlere Einkommen lag 2014 im Vergleich zu 2000 um 4000 US\$ niedriger, die Konzentration der Finanzvermögen nahm nach 2009 zu, wobei die **vier größten Banken** Vermögen besitzen, die fast 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Dennoch war die **Regulierung der Wall Street kein Thema** in den Vorwahldebatten bei den Republikanern, während sie bei den Debatten der Demokraten ein Randthema darstellte, trotz der wackeren Bemühungen des Kandidaten Bernie Sanders, sie zu einem Schwerpunkt zu machen.

Die politischen Institutionen einer der am weitesten fortgeschrittenen liberalen Demokratien stellten für die fest verwurzelte strukturelle Macht des Finanzestablishments keine Herausforderung dar. Wie Cornelia Woll schreibt: „*Die Hauptlektion aus der Finanzkrise von 2008 und 2009 bestand für die Regierung und den Kongress darin, dass ihre Mittel, die Finanzindustrie zu einem Verhalten zu drängen, das für das Überleben des kompletten Sektors und der Wirtschaft als Ganzes zwingend notwendig erschien, nur sehr begrenzt waren.*“

In **Griechenland** rief die Austeritätspolitik einen öffentlichen Aufstand hervor, der im Referendum vom Juni 2015 über die Rettungsaktion zum Ausdruck kam, bei dem über 60 Prozent der griechischen Bevölkerung die Vereinbarung ablehnten – doch am Ende wurde ihr Wille übergangen, indem die deutsche Regierung Tsipras zu einer demütigenden Kapitulation zwang.

Klar ist, dass die Schlüssel motive dabei waren, die europäische Finanzelite vor den Folgen ihrer verantwortungslosen Politik zu bewahren, indem **das eiserne Prinzip der vollen Rückzahlung von Schulden durchgesetzt wurde und Griechenland zur Warnung anderer, wie Spanier, Iren und Portugiesen, fertig gemacht wurde, damit diese nicht gegen die Schuldenklaverei revoltieren**.

Wie Karl Otto Pöhl, ein früherer Chef der Deutschen Bundesbank, vor einiger Zeit zugab, diente das drakonische Exempel an Griechenland „*dem Schutz deutscher Banken, aber insbesondere der französischen Banken, vor Schuldenabschreibungen*“.

Jedoch ist es wahrscheinlich, dass sich der Sieg der Banken am Ende als ein **Pyrrhussieg** erweisen wird. Die Kombination aus einer tiefen Rezession oder Stagnation aufgrund der Austeritätspolitik, die große Teile Europas und die USA im Griff hat, und dem Fehlen einer Finanzreform ist tödlich. Die daraus erwachsende andauernde **Stagnation** und die Aussicht auf Deflation haben auf Investitionen in die Realwirtschaft zwecks Ausweitung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen abschreckend gewirkt.

Infolge der Blockade der Bemühungen um eine Neuregulierung des Finanzsektors haben die Finanzinstitutionen noch mehr Gründe, das zu tun, was sie vor 2008 taten und was die laufende Krise begünstigte: Engagements in riesige **spekulative Geschäfte**, die darauf angelegt sind, Superprofite aus der Differenz zwischen dem aufgeblähten Preis von Anlagen sowie darauf basierenden Derivaten und dem realen Wert dieser Anlagen zu erzielen, bevor das Gravitationsgesetz zum unvermeidlichen Crash führt.

**Der intransparente Markt für Derivate** wird nunmehr auf 707 Billionen US\$ geschätzt und liegt damit deutlich über den 548 Billionen US\$ im Jahr 2008. Ein Analyst sagte dazu: „*Der Markt ist so unermesslich gewachsen und die Weltwirtschaft riskiert massiven Schaden, sollte nur ein kleiner Prozentsatz dieser Verträge faul werden. Allein das Ausmaß und die möglichen Auswirkungen sind schwer zu erfassen, geschweige denn abzuschätzen.*“ Der frühere Vorsitzende der US-Börsenaufsichtsbehörde, Arthur Levitt, stimmte dem zu, indem er einem Journalisten berichtete, dass keine der nach 2008 erfolgten Reformen „*die Wahrscheinlichkeit einer Finanzkrise wesentlich vermindert hat*“.

**Die Frage ist also nicht, ob, sondern wann eine weitere Blase platzen wird.**

Und für uns hier ist die **Hauptlektion**, dass trotz der ideologischen Diskreditierung des Neoliberalismus und des öffentlichen Zorns über die von den Banken angerichteten Verwüstungen die strukturelle Macht des Kapitals immens bleibt und sie es verhindert hat, dass auch nur ein wichtiger Vertreter der Finanzwelt eingesperrt wurde und tiefgreifende Reformen überhaupt in Angriff genommen wurden.

## Die Notwendigkeit einer neuen umfassenden Vision

Meiner Wahrnehmung nach ist das Weiterbestehen der strukturellen Macht des Kapitals mit der Tatsache verbunden, dass durch die Kombination objektiver Entwicklungen, intellektueller Kritik und kollektiver Aktion die Legitimität des Neoliberalismus zwar ausgehöhlt wurde, **wir jedoch versagt haben bei der Formulierung der kühnen Alternative, die sich mit der Tiefe der Krise des Kapitalismus messen kann, in der wir uns befinden.**

Dort draußen gibt es **eine große, brodelnde Unzufriedenheit** angesichts der zahlreichen vom Kapitalismus ausgelösten Krisen. Ich wünschte jedoch, jemand könnte sagen, was ein großer Revolutionär zu einer anderen Zeit und an einem anderen Ort sagte: „*Es herrscht große Unordnung unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet.*“ Unglücklicherweise ist die Lage nicht ausgezeichnet, da viele von denen, die von der konzerngetriebenen Globalisierung überrannt wurden, sich **rechten Demagogen** und Ideologen wie Donald Trump, Marine Le Pen und, in meinem Land, Präsident Rodrigo Duterte zuwenden. Letzterem gelang es, eine große Anzahl von Bürgern davon zu überzeugen, dass Kriminalität und Drogen die Wurzeln der Probleme des Landes sind und dass die beste Kur für die Leiden des Landes darin besteht, sie alle zu töten, Drogenhändler ebenso wie Drogenkonsumenten. Lassen Sie mich sagen, dass in dieser Hinsicht die USA und Europa kein Monopol auf gefährliche rechte Demagogen mit einer aufgeheizten, wütenden Massenbasis haben, zum großen Teil aufgebrachte Leute aus den leidenden Mittelschichten, die einfache Lösungen wollen und bereit sind, Gewalt zu billigen, um des Führers Vision des Himmels auf Erden zu verwirklichen. Der entscheidende Unterschied in diesem Punkt ist, dass Ihre Demagogen noch ungeduldig von der Seitenlinie aus der Ergreifung der Macht entgegensehen, während unsere schon mittels Wahlen an die Macht gekommen sind.

Zweifellos besteht ein Teil des Problems darin, dass **die traditionellen Kräfte der Linken es versäumt haben**, ihre Hauptunterstützungsbasis zu schulen, wie zum Beispiel die weiße Arbeiterklasse. Ein anderer Teil war die Unfähigkeit, Minderheiten in der Bevölkerung in die Reihen der Linken zu integrieren, die bis dato die Heimat der Entrechteten und Marginalisierten war, was einige von ihnen dazu brachte, sich radikalen fundamentalistischen Gruppen wie dem IS zuzuwenden. Dadurch gelang es, die sehr realen Verletzungen, die die konzerngetriebene Globalisierung auf vielen Gebieten hinterließ, einerseits mit der Mär von Verdrängung durch und Verbrechen von Einwanderern und andererseits mit den sehr konkreten Fehlern bei der Integration von Einwanderern zu verknüpfen.

Donald Trump, Marine Le Pen und der IS haben in ganz raffinierter Weise die Lücken genutzt, die die Linke aufgetan hatte, diejenigen, die dem Neoliberalismus das Debakel von Seattle beibrachten, und diejenigen, die in der Antiglobalisierungsbewegung und bei Occupy an vorderster Front standen. **Diese Leute haben unsere Früchte geerntet.**

Ich möchte nicht tiefer auf die soziologischen Gründe für ihren Erfolg und unser Scheitern eingehen, weil viele andere das schon getan haben. Jedoch möchte ich eine Frage stellen: Ist es nicht überfällig, dass wir die **höchst ambitionierte Aufgabe der Schaffung einer allumfassenden Vision, einer Sprache**

**und eines Programms angehen**, um die Alternativen klar zu benennen und auszuarbeiten. **Bernie Sanders** hat diese kühne Aufgabe angenommen, indem er einen „*demokratischen Sozialismus*“ forderte, was auf den Philippinen und im globalen Süden Widerhall fand.

Meines Erachtens **ist es an der Zeit, die Alternative auszuarbeiten**, weil die Gegenseite bereits ihre eigene Alternative in Form des Trumpismus, des Nationalismus und des Brexitismus ausarbeitet und dabei Teile unserer intellektuellen Kritik am Kapitalismus mit dem emotional hoch aufgeladenen Appel verbindet, zu einer idealisierten, von weißer Homogenität, kultureller Reinheit und religiöser Einförmigkeit geprägten Vergangenheit zurückzukehren.

Aus meiner Sicht ist es dringend, dass wir unsere Furcht vor der Formulierung umfassender Geschichten überwinden und **eine Vision entwickeln, die die Überwindung der derzeitigen, vom Kapital verschandelten Welt durch gemeinsame Kämpfe beschreibt**, an deren Ende der Aufbau von Gesellschaften steht, die sich – um ein emotionsgeladenes Wort zu benutzen – den tiefsten Instinkt von Männern und Frauen zu Nutze machen, – nämlich den der **Zusammenarbeit, des Miteinanders**. Natürlich muss ein solches Bestreben auch die Beschränkungen, Fehlschläge und Verzerrungen berücksichtigen, die bei früheren Versuchen, eine postkapitalistische Gesellschaft aufzubauen, auftraten, insbesondere im Umgang mit Fragen der Demokratie, der Geschlechter und der Umwelt.

Normalerweise zitiere ich nicht aus der Bibel, doch findet sich in Sprüche 29, 18 ohne Zweifel ein tiefsinniges Wort: „*Ohne prophetische Offenbarung verwildert das Volk.*“ Tragisch wäre es, überließe man die Menschen den halbherzigen Alternativen, die die **geschichtlich überholte europäische Sozialdemokratie** bereithält, den ermüdenden Clintons in den USA und den wenig anregenden, von den Eliten gesteuerten Reformbewegungen im globalen Süden. Solche politischen Alternativen stellen für die aktuellen konterrevolutionären Bewegungen keine Herausforderung dar.

Ich danke Ihnen.

(1) Zusammenziehung von banker und gangster, A. d. Ü.

<https://www.tni.org/en/article/revisiting-the-lessons-of-the-battle-of-seattle-and-its-aftermath>

Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer (Coeditrad), SiG-Redaktion

### Frühere Artikel von Walden Bello in SiG:

- SiG 22: Mehr verloren als gewonnen - Bilanz des Irak-Krieges
- SiG 25: Ist die Globalisierung zu Ende?
- SiG 29: Marx, Gramsci und die Philosophie des Widerstandes: Interview mit Walden Bello
- SiG 45: Armut wurzelt in einem viel grundlegenden Problem
- SiG 49: Humanitäre Interventionen: die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin
- [SiG-Extrablatt](#): Woran liegt es? Kleine Einführung in die Ursachen des Zusammenbruchs der Wall Street.,
- SiG 61: Im Freien Fall: Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise
- SiG 79: Zehn Jahre nach Seattle
- SiG112: Europa und der Imperialismus

# Joseph E. Stiglitz

## Die neuen Unzufriedenen der Globalisierung

*In armen Weltregionen wenden sich die Menschen schon lange von der Globalisierung ab. Neu kommen Millionen in hochentwickelten Ländern dazu. Es ist das Ergebnis eines Versagens auf breiter Front. Vor 15 Jahren schrieb ich ein kleines Buch mit dem Titel **Die Schatten der Globalisierung**. Es beschrieb den wachsenden Widerstand in den Entwicklungsländern gegen Reformen, die die Globalisierung vorantreiben sollten. Das schien damals unverständlich: Den Menschen in den Entwicklungsländern war gesagt worden, die Globalisierung würde dazu führen, dass es ihnen insgesamt besser ginge. Warum standen so viele Menschen ihr so feindselig gegenüber?*

### **Handel: In immer mehr Industrienationen Ärgernis**

Inzwischen sind zu den Globalisierungsgegnern in den Schwellen- und Entwicklungsländern dutzende von Millionen in den hochentwickelten Ländern hinzugekommen. Meinungsumfragen, darunter eine sorgfältige Studie von Stanley Greenberg et al. für das Roosevelt Institute, zeigen, dass der Handel für einen großen Teil der Amerikaner zu den wichtigsten Quellen der Unzufriedenheit zählt. Ähnliche Ansichten sind in Europa erkennbar.

Wie kann etwas so verhasst sein, das laut unseren führenden Politikern – und vielen Ökonomen – dazu führen würde, dass es allen besser geht?

Eine manchmal von den diese Politik befürwortenden neoliberalen Ökonomen zu vernehmende Antwort ist, dass es den Menschen tatsächlich besser ginge; es sei ihnen nur nicht bewusst. Ihre Unzufriedenheit sei eine Sache für Psychiater, nicht Ökonomen.

### **Neoliberale: Ab auf die Couch**

Doch Einkommensdaten legen nahe, dass es die Neoliberalen sind, die von einer Therapie profitieren dürften. Grossen Bevölkerungsegmenten in den hochentwickelten Ländern geht es nicht gut: In den USA leiden die unteren 90 Prozent seit einem Dritteljahrhundert unter stagnierenden Einkommen. Das Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer ist real (inflationsbereinigt) tatsächlich niedriger als vor 42 Jahren. Und ganz unten sind die Reallohne mit dem Niveau von vor 60 Jahren vergleichbar.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Nöte und Verschiebungen, die viele Amerikaner erleben, zeigen sich sogar in der Krankenstatistik. So haben die Ökonomen Anne Case und Angus Deaton (der diesjährige Nobelpreisträger) gezeigt, dass die Lebenserwartung in einigen Segmenten weisser Amerikaner zurückgeht.

In Europa liegen die Dinge ein bisschen besser – aber nur ein bisschen.

### **Mittelschicht verliert**

Einige wichtige Erkenntnisse bietet **Branco Milanovics** neues Buch **Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization**. Es betrachtet die großen Einkommensgewinner und -verlierer der beiden Jahrzehnte zwischen 1988 und 2008. Zu den großen **Gewinnern** gehörten die globalen 1 Prozent – die Plutokraten unserer Welt –, aber auch die Mittelschicht in neuen Schwellenländern. Zu den großen **Verlierern** – die nur geringe oder gar keine Einkommenszuwächse erzielten – gehörten die Armen und die Mittel- und Arbeiterschicht in den hochentwickelten Ländern. Die Globalisierung ist nicht der einzige Grund hierfür, aber sie ist einer der Gründe. Geht man von perfekten Märkten aus (eine Annahme, die den meisten neoliberalen Wirtschaftsanalysen zugrundeliegt), gleicht der Freihandel die Löhne ungelerner Arbeiter weltweit an. Der Warenhandel ist ein Ersatz für Migration. Waren aus China zu importieren – deren Produktion eine Menge ungelerner Arbeiter erfordert –, verringert die Nachfrage nach ungelerten Arbeitern in Europa und den USA. Dieser Mechanismus ist so stark, dass es – gäbe es keine Transportkosten und hätten die USA und Europa keine andere Quelle von Wettbewerbsvorteilen, etwa im Bereich der Technologie – so wäre, als würden letztlich immer mehr chinesische Arbeiter in die USA und nach Europa auswandern, bis das Lohngefälle vollständig beseitigt wäre. Es überrascht nicht, dass die Neoliberalen diese Folge der Handelsliberalisierung unerwähnt liessen, als sie behaupteten – man könnte auch sagen: die Lüge erzählten –, dass alle profitieren würden.

### **Vertrauen untergraben**

Dass die Globalisierung die Versprechen der etablierten Politiker nicht erfüllt hat, hat das Vertrauen in das «Establishment» ganz eindeutig untergraben. Und die Tatsache, dass die Regierungen den Banken, die die Finanzkrise von 2008 verursacht hatten, grosszügige Rettungspakete anboten, während sie die Normalbürger weitgehend im Stich liessen, verstärkte die Ansicht, dass dieses Versagen nicht bloss eine Frage wirtschaftlicher Fehlurteile sei. In den USA widersetzten sich die Republikaner im Kongress sogar Hilfen für diejenigen, die unmittelbar durch die Globalisierung geschädigt wurden. Allgemeiner gesprochen haben sich die Neoliberalen, anscheinend aus Angst vor Fehlanreizen, staatlichen Sozialmassnahmen widersetzt, die die Verlierer geschützt hätten. Aber sie können nicht beides haben: Wenn die Globalisierung den meisten Mitglie-

dern der Gesellschaft nutzen soll, müssen starke Massnahmen zur sozialen Absicherung greifen. Die Skandinavier haben dies schon vor langer Zeit erkannt; es war Teil des Gesellschaftsvertrages, der eine offene Gesellschaft am Leben erhielt, die der Globalisierung und dem technologischen Wandel aufgeschlossen gegenüberstand. Neoliberale anderswo haben es nicht erkannt und erhalten heute bei den Wahlen in den USA und Europa die Quittung.

### **Banken und Multis begünstigt**

Die Globalisierung ist natürlich nur ein Aspekt des Geschehens; die technologische Innovation ist ein anderer. Insgesamt jedoch sollten Öffnung und Wandel uns reicher machen. Und die hochentwickelten Länder hätten politische Massnahmen umsetzen können, um zu gewährleisten, dass die Gewinne breiten Schichten zugute kommen. Stattdessen haben sie eine Politik verfolgt, die die Märkte auf eine Weise umstrukturiert hat, welche die Ungleichheit verstärkt und die Wirtschaftsleistung insgesamt untergraben hat, und als die Spielregeln neu geschrieben wurden, um die Banken und Grossunternehmen – die Reichen und Mächtigen – auf Kosten aller übrigen zu begünstigen, verlangsamte sich das Wachstum sogar. Die Arbeiter wurden in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt. Zumindest in den USA hielt das Kartellrecht nicht mit der Entwicklung Schritt, und die bestehenden Gesetze wurden nur in unzureichender Weise durchgesetzt. Die Finanzialisierung beschleunigte sich, während sich Unternehmensführung und -kontrolle verschlechterten.

### **TTIP geht in die falsche Richtung**

Heute müssen wir, wie ich in meinem aktuellen Buch *Rewriting the Rules of the American Economy* beschrieben habe, die Spielregeln erneut ändern, und dies muss Massnahmen zur Zählung der Globalisierung mit umfassen. Die beiden neuen großen Abkommen, auf die US-Präsident Barack Obama drängt – die Trans-Pazifische Partnerschaft zwischen den USA und elf Pazifik-Anrainerstaaten, und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA – sind Schritte in die falsche Richtung. Die zentrale Botschaft von *Die Schatten der Globalisierung* lautete, dass das Problem nicht die Globalisierung an sich sei, sondern die Weise, wie der Prozess gesteuert würde. Leider hat sich diesbezüglich nichts geändert. Fünfzehn Jahre später tragen nun die neuen Unzufriedenen diese Botschaft heim in die hochentwickelten Volkswirtschaften. *Economy*.

[www.project-syndicate.org](http://www.project-syndicate.org); in *Handelszeitung.ch* erschienen

# Weltsozialforum in Montreal, August 2016

Francisco Marí, Brot für die Welt

## Weltsozialforum: Vielfalt gemeinsam Denken!

(...) Die großen Vorlesungssäle waren nur selten ganz gefüllt. In den vielen Gebäuden der verschiedenen Universitäten von Montreal ging es ruhig und sachlich her. Vielleicht auch deswegen, weil teilweise die Übersetzung fehlte und deshalb alle zwang, sich gut gegenseitig zuzuhören.

Fast 160 Veranstaltungen fanden parallel statt, und dies zweimal am Tag und über drei Tage lang. Insgesamt gab es nahezu 1.200 Debattenangebote, meist im klassischen Stil organisiert, mit PanelistInnen und Präsentationen und oft als Gemeinschaftsveranstaltung verschiedener Gruppen – anders als auf den vorangegangenen Foren. Bisher wurde insbesondere von großen Organisationen das Sozialforum zur Selbstdarstellung ihrer Arbeit genutzt. Auch Brot für die Welt trat diesmal mit drei Veranstaltungen zu Klima- und Rohstoffthemen recht bescheiden gegenüber früheren Jahren auf. Doch insgesamt waren es dann doch sehr viele Veranstaltungen – zu viele, um sich wirklich einen Überblick zu verschaffen, auch wenn alle sich in eine von dreizehn Themenachsen einordnen mussten. Dazu fanden noch sogenannte Konvergenz-Veranstaltungen statt, die die Ergebnisse der Workshops mit ähnlichen Themen etc. zusammenfassten und einen Ausblick gaben auf zukünftige Vernetzungen oder gemeinsame Aktionen vorbereiteten. Es gab Versammlungen zu Steuerflucht, Solidarität mit Palästina, Migration, Klimagerechtigkeit, Agrarökologie, Militarisierung oder zu Bildungsfragen.

Die Anzahl von Workshops mit ähnlichen Themen war schon immer ein Gradmesser für die gegenwärtig von sozialen Bewegungen verfolgten Schwerpunkte. Dabei zeigt sich der Wandel des Diskurses auf den Weltsozialforen meist an der angebotenen Anzahl von Veranstaltungen unter einer der [Themenachsen](#).

### Spitzenthema Grundrechte

Absoluter Spitzenreiter waren diesmal mit fast 180 Veranstaltungen Diskussionen zur **Themenachse 7: „Menschen- und soziale Rechte, Würde und Kämpfe gegen Ungleichheit.“** Eine Tendenz, die sich schon auf den Weltsozialforen 2013 und 2015 in Tunis zeigte. Eigentlich verbriefte Grundrechte werden eingeklagt. Dabei geht es, wie im arabischen Frühling, bei Bewegungen in Südeuropa, aber auch in Indien, Myanmar, Thailand oder Bangladesch genauso wie in Afrika darum, der Menschenwürde Geltung zu verschaffen. Dies soll nicht abstrakt geschehen. Daher waren folgerichtig die Veranstaltungen unter der **Themenachse 1: „Wirtschaftliche, soziale und solidarische Alternativen angesichts der kapitalistischen Krise“**, diejenigen mit den zweitmeisten Nennungen. Um die dort diskutierten Alternativen zu erstreiten, bedarf es einer wachen Demokratie und sozialer Bewegungen. Daher landete wohl diese Themenachse im Ranking an dritter Stelle mit rund 120 Veranstaltungen. Aufgrund der starken Beteiligung der angereisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den genannten Foren werden die dort geführten Debatten programmatisch dem Namen „Weltsozialforum“ immer gerechter. Da ist dann auch nicht mehr erstaunlich, dass das große Thema der ersten Weltsozialforen, als das Sozialforum noch Gegenpart zum Weltwirtschaftsforum in Davos war, die Themenachse „Kampf gegen die Diktatur der Finanzmärkte“ (Nr. 9), es nur noch auf ganze 25 Veranstaltungen gebracht hat. Gute Mittelplätze im Ranking der Veranstaltungszahl, als Seismograph für die gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen, belegen die Themenachsen: Medien- und Klimagerechtigkeit und internationale Solidarität (Themen 5+6). Hingegen sind Migrations- und Rassismus Fragen (Themen 4+5) besonders im Vergleich mit den beiden vorhergehenden Weltsozialforen in Tunis unterbelichtet, mit nur etwa sieben Veranstaltungen, ebenso Veranstaltungen zu Friedenskultur und kriegerischen Konflikten.

### 30.000 Teilnehmende für konkrete Veränderungen

Auch wenn fast [1.200 angebotene Workshops](#), in denen ca. 30.000 Interessierte mitdiskutiert haben, nur ein Ausschnitt der globalen Bewegungen zur Gesellschaftsveränderung sind, so zeigen sie doch, wieviel konkreter inzwischen die Auseinandersetzungen für „eine bessere Welt“ geworden sind und sie der großen Entwürfe von Gesellschaftsveränderung, wie sie noch zu Beginn der Sozialforen dominierten, gar nicht mehr bedürfen, um aktiv zu werden. Dennoch ist die geringe Repräsentanz von Fragen zu Migration oder auch zu Landwirtschaft und Ernährung Ausdruck davon, dass es 2016 ein **Weltsozialforum im globalen Norden** ist. In den Fragen Demokratiedefizite und sozialer Ungerechtigkeit scheinen Nord und Süd ähnliche Diskurse zu führen, besonders da viele Teilnehmende aus Schwellenländern kamen, wie Indien oder Brasilien und auf Aktivistinnen und Aktivisten ausgegrenzter sozialer

Schichten aus Kanada und USA trafen. Aber auch Menschen aus Südafrika, Ghana oder Kenia, also den wirtschaftlich besser dastehenden Ländern, konnten mitreden, wenn es um das Fehlen von Partizipation und Demokratie oder soziale Ausgrenzung durch reiche Eliten geht.

### Klimawandel und Rohstoffhunger jenseits von Nord-Süd

Zwei weitere Bereiche wurden jenseits jedes Nord-Süd-Gegensatzes diskutiert, ohne die jeweils unterschiedliche Verantwortung zu verwischen. Das waren zum einen die Folgen des Klimawandels und zum anderen die Auswirkungen des Rohstoffhungers von Konzernen. Das ist kaum erstaunlich, wenn man weiß, dass in Kanada 70 Prozent der größten Bergbaukonzerne der Welt ihren Sitz haben und sich mit der neuen Regierung in Kanada ein neues Bewusstsein zur Klimafrage im Land entwickelt. Insbesondere bei der Bewertung des Pariser Klimagipfels wurden unterschiedliche Meinungen nicht kaschiert. So wurde verabreitet, zugunsten der durch Klimawandel gefährdeten Gruppen weiter auf die Verantwortung der Industriestaaten zu pochen und den Menschen auf untergehenden Inseln, auf verdorrten Weiden oder die durch Unwetter obdachlos geworden sind, eine Stimme für Klimagerechtigkeit zu geben.

### Zeitpunkt und Ort führten zu weniger Andrang

Ungewohnt war – da die letzten drei Foren in Afrika stattfanden – dass nicht viele Teilnehmende von dort angereist waren. Nicht allen Menschen aus Afrika wurden Visa verweigert, die meisten hatten kein Geld, um nach Kanada zu reisen oder konnten ihre Visa erst spät beantragen. Bei allen bisherigen Weltsozialforen hing die endgültige Zahl der Teilnehmenden vor allem von der Beteiligung aus dem Gastgeberland ab. Leider ist in Kanada derzeit auch Ferienzeit, vor allem für die Studierenden – ansonsten könnte das Forum auch nicht in allen Universitätsgebäuden stattfinden – und viele leben nicht in der Stadt während der vorlesungsfreien Zeit. Trotzdem haben aus dem ganzen Land und aus den angrenzenden USA viele AktivistInnen und Interessierte teilgenommen, manchmal kamen sie auch nur für ein Tag. Zu guter Letzt haben doch 30.000 registrierte Teilnehmende ihren Weg nach Montreal gefunden.

Es gab viele beeindruckende Gäste auf dem Weltsozialforum; sie alle aufzuzählen ist unmöglich, aber um ein Beispiel von der

Spannbreite der Debatten zu geben, seien hier zwei Vortragende vorgestellt.

### Kampagnenerfolge für Textilarbeiterinnen

[Kalpona Akter](#) von der Gewerkschaftsbewegung der Textilarbeiterinnen in Bangladesch berichtete aus der Zeit nach dem Einsturz der Fabrik im Rana Plaza Gebäude, wo 1.250 Menschen ihr Leben verloren. Trotz des heftigen Widerstands der einheimischen Fabrikbesitzer haben Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen, wie der Clean Cloth Campaign, von Gewerkschaften, aber vor allem auch von Konsumentinnen und Konsumenten im Norden - so Akter - einiges verbessert. Zumindest bei den großen Zulieferbetrieben hat ein Umdenken in Bezug auf Gewerkschaftsrechte stattgefunden.

Ein neues Gesetz zwingt Betriebe unter der Bedingung, dass Gewerkschaften mindestens 30 Prozent der Beschäftigten organisieren, die Fabrikbesitzer dazu, die Organisationsfreiheit ihrer Beschäftigten zu akzeptieren. Kalpana Akter berichtete davon, dass die Zahl der Betriebe mit gewerkschaftlicher Vertretung von 40 auf 300 Fabriken gestiegen sei. 65 Prozent der Gewerkschaftsvorstände wären nun Frauen. Die Zahl der Todesfälle in den Fabriken ist von 200 auf 20 in einem Jahr zurückgegangen. Dies wäre ohne den Druck auf die Handelsketten wie H&M, Walmart, Carrefour oder Primark durch die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU oder den USA nicht möglich

gewesen. Daher antwortete die Aktivistin auf die Frage einer Journalistin ablehnend, ob die Arbeiterinnen einen Kaufboykott in den Billigläden unterstützen würden. Sie möchten ihre Arbeitsbedingungen verbessern, besonders auch in den Subunternehmen, in denen sich leider nicht viel Positives bewegt. Ein Kaufboykott würde nur dazu führen, dass die Betriebe weiterzögen, zum Beispiel nach Afrika, wo sie unter den gleichen ausbeuterischen Bedingungen wieder produzieren würden. Kalpona Akter forderte die Kundinnen und Kunden in Kanada und anderen Industriestaaten auf, anstatt den Kauf der Kleidung zu boykottieren, die Textilläden mit ihren Billigpreisen zu konfrontieren und nachzufragen, wie solche Preise zustande kämen.

### Freie Software auf dem Weltsozialforum

Ein ganz [anderes Thema](#) sprach der Star der „Freien Software“, Richard Stallmann, vor dem überfülltem Hörsaal in der McGill Privatuni an. Viel zu selten, auch nicht auf den Weltsozialforen, wird die tagtägliche Überwachung des privaten Raumes durch die Datenkraken Facebook, WhatsApp, Skype, aber auch von Microsoft und Apple angesprochen. Warum eigentlich nicht? Der Kampf um soziale Rechte muss auch fordern, die Privatsphäre zu schützen. Aber im Gegenteil, durch Nutzung von Software, mit unbekanntem Überwachungsfunktionen, besonders durch die Smartphones, beteiligen wir uns an der Unterhöhlung des Rechts auf den persönlichen Raum. Der

Begründer des GNU-Betriebssystems, das später unter GNU/Linux weite Verbreitung fand, ist auch der Vorkämpfer für „Freie Software“, wobei er betont: Frei heißt nicht umsonst!

Dem Kampf einer lückenlosen Überwachung und Zwangssteuerung von Nutzenden setzt er die völlige Transparenz bei der Programmarchitektur entgegen: die sogenannten Quellcodes. Wer diese kennt, kann mit anderen, auch Nicht-ExpertInnen besprechen, wie und was er oder sie mit der Software anfangen wollen und ob diese nicht nach eigenen Bedürfnissen umprogrammiert werden kann. Das ist die Befreiung von der Fremdsteuerung. In keinem Fall dürfe der Kampf gegen Konzerne und Politik für die, wie wir in Deutschland sagen, informationelle Selbstbestimmung aufgegeben werden. Gleichgültigkeit oder Mutlosigkeit würden sonst gerade im Hinblick auf soziale Bewegungen zu schneller Überwachung und einfacher Kriminalisierung führen. Wer sich nicht damit auseinandersetzt, würde - so Richard Stallmann - offenen Auges zusehen, wie Protest und Widerstand im Keim dadurch erstickt werden kann, dass die Datenkraken das ganze Leben aller Menschen erfassen.

Richard Stallmann hat recht, und es war leider die einzige Veranstaltung, die sich damit beschäftigte, aber andauernd liefen über Twitter unter #fsm2016 die neuesten Nachrichten über das Forum, damit auch jeder darauf zugreifen konnte, wer, wo und wann gerade etwas kommentiert. Schöne neue Welt!  
Quelle: [Brot für die Welt](#)

## Carolina Sachs, Hugo Braun Weltsozialforum 2016 in Montreal

Zum 13. Mal führte das WSF Menschen aus vielen Teilen der Welt über Grenzen und politische Anliegen hinweg zu gemeinsamen Diskussionen zusammen. In diesem Sinne stellte sich, dieses erstmals im Globalen Norden organisierte WSF, auch wieder als das „Anti-Davos“ vor, also die Artikulierung des globalen Widerstands gegen Weltherrschaft der Finanzmärkte und der multinationalen Konzerne. **Themen wie Armut, Ungleichheit, Klimawandel, Finanzmarktkrise, Freihandel, wachsender Rechtsextrémismus, Islamophobie und Migration** waren Kernpunkte, die zu der Erkenntnis der Sozialforumsbewegung seit 2001 zurückführten, dass eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch nötig ist.

Eine große Herausforderung stellte bei diesem WSF allerdings **die Ablehnung von 230 Visas** dar, von denen zu 70 Prozent Journalist\_innen und Aktivist\_innen aus dem Globalen Süden betroffen waren. Hinsichtlich dessen wurde die Frage, ob das WSF überhaupt noch seinen Namen verdiene, kritisch diskutiert. Die repressive Visapolitik der kanadischen Regierung beschränkte die Teilnahme von Menschen vor

allem aus Afrika und Asien auf ein Minimum. Auch die WSF-Sympathisanten aus Europa waren im Vergleich zu früheren Veranstaltungen marginal vertreten. Mit insgesamt 15.000 zahlenden Teilnehmern wies das WSF in Montreal die geringste Teilnehmerzahl in der Geschichte des WSF auf. **Fazit: ein gut organisiertes nordamerikanisches Regionaltreffen.**

Auch dieses WSF hat – entsprechend seiner Charta von Porto Alegre – keine Beschlüsse gefasst, weder zu politischen Erklärungen noch zu gemeinsamen Aktionen. Dieses Prinzip ist weiterhin umstritten. Tatsächlich kam es jedoch traditionsgemäß zu **konkreten Aktionsabsprachen** von Teilnehmergruppen etwa zur Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit in der Welt, zu TTIP und CETA, zu einer Kampagne gegen fossile Energien und zur Schließung der Steueroasen.

Die Diskussion um die **Zukunft des WSF** hat weder auf den entsprechenden Forumsveranstaltungen noch während der Sitzung des International Council zu einem relevanten Ergebnis geführt. Die IC-Sitzung litt unter ihrer unzureichenden Vorberei-

ung. Die Diskussion um die Gestaltung des Sekretariats und die strukturellen Veränderungen des IC brachten keinen Fortschritt. Mangels seriöser Vorschläge blieb auch die Diskussion über den Ort des nächsten WSF ohne Ergebnis. Immerhin wurde beschlossen, dass das nächste IC-Treffen im Januar 2017 in Porto Alegre stattfinden wird. (...) Das globale Attac Netzwerk hat sich in Montreal in einem begrenzten Rahmen als handlungsfähig erwiesen. Dank der effektiven organisatorischen Rolle von Attac Quebec und Attac Frankreich wurden die gemeinsamen Seminare und unser Auftritt auf der convergence assembly zur Finanzmarktkritik ein echter Erfolg, der zur praktischen **Verabredung eines gemeinsamen weltweiten Aktionstags zur Schließung der Steueroasen** führte. Darüber hinaus gab es einen Kurzinput von uns zum Austausch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams, der auf positive Resonanz stieß. Mit zwei Treffen des globalen Attac Netzwerks und einer Debatte über die Neufassung unserer Charta wurde sein aktiver Fortbestand demonstriert.

[Attac.de](#)



## Tadzio Müller

# Das Forum ist tot - es lebe das Forum

(...) An berechtigten Kritiken des Forums mangelt es nicht. Und doch findet es immer wieder statt. Und doch wird es jedes Mal wieder von großen Organisationen, wie zum Beispiel meiner Arbeitgeberin, mitfinanziert. Und doch kommen jedes Mal tausende und abertausende Teilnehmer\*innen, vor allem – aber nicht nur – aus der Region, in der es stattfindet, sondern aus knapp 100 Ländern »aus der ganzen Welt«. Warum? Ganz einfach: Wenn es das Weltsozialforum nicht gäbe, müssten wir es erfinden. Trotz all seiner Schwächen wäre es jetzt fast schon ein politisches Verbrechen an der globalen Linken, diese mittlerweile etablierte Institution einzustampfen und durch nichts zu ersetzen.

Die derzeitige Weltlage, soviel ist offensichtlich, gibt kaum Anlass für Optimismus. Neue Kriege drohen, vielleicht sogar ein neuer großer Krieg. Das derzeitige »Inter-

regnum«, die Krisenphase, in der das Alte noch nicht ganz gestorben ist und das Neue noch nicht ganz geboren, kann sich schnell wenden: Plötzlich gibt es globale Bewegungsdynamiken, eröffnen sich nach links Handlungsmöglichkeiten, ob in der Klima- oder Migrations-, in der Kriegs- und/oder Friedensfrage. Plötzlich schreien alle nach globaler, koordinierter Aktion sozialer Bewegungen – und erinnern sich vielleicht an die größte global koordinierte Politdemonstration, die jemals stattgefunden hat: die Antikriegsmärsche vom 15. Februar 2003. Die verhinderten den Irakkrieg natürlich nicht, waren aber doch eine (relativ) machtvollere Antwort auf den Wahnsinn der Gegenseite.

Und dann stellt sich ganz konkret die Frage: Wer redet wo mit wem, um globale linke Antworten auf globale Fragen und Prozesse zu geben? Für uns relativ ressour-

cenarme Linke war es schon immer schwer, Globalität herzustellen, das heißt politische Effekte auf der globalen Ebene zu produzieren. Das WSF ist eine Antwort auf die Frage, wie wir selbst global relevant werden können, wie wir selbst unsere Daten, Orte und Themen setzen können. Es mag nicht die beste Antwort auf diese Frage sein. Aber bisher gibt es keine bessere, bisher ist das WSF mit all seinen Schwächen die stabilste globale Institution, über die das linke Mosaik verfügt. Wie es sich dieses Jahr entwickelt, werden wir beobachten. Das Forum mag sich überlebt haben. Es mag sogar tot sein. Dennoch muss es heißen: Lang lebe das Forum.

*Tadzio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie bei der Rosa Luxemburg Stiftung. [mehr](#)*

## Erlassjahr

# Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung - jetzt!

Das Entschuldungsbündnis [erlassjahr.de](#) hat begrüßt, dass auf dem G20-Gipfel am 3./4. September erstmals seit 2008 die neuen globalen Schuldenkrisen thematisiert wurden. Im [Kommuniqué des Gipfels](#) von Hangzhou versichern die Staats- und Regierungschefs, dass sie sich für die Verbesserung von Umschuldungsverfahren einsetzen wollen. Sie verweisen dazu auf die Einführung von „Collective Action Clauses“ in Anleiheverträgen (die im Falle von Umschuldungen auch die Minderheit der Gläubiger zur Übernahme der Schuldenerleichterungen verpflichten) und die Unterstützung des Pariser Clubs.

[erlassjahr.de](#) fordert nun, dass die Bundesregierung die Initiative der chinesischen

<http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.de/2016/09/gipfelnachlese-schuldenkrisen-wieder.html>

Regierung fortsetzt und das Thema auf die Agenda des G20-Gipfels 2017 in Hamburg setzt. „Die chinesische Regierung hat den Anfang gemacht und die Notwendigkeit für geordnete Lösungen von Staateninsolvenz angesprochen“, so Jürgen Kaiser, politischer Koordinator von [erlassjahr.de](#). Die vorsichtigen Formulierungen auf dem Gipfel in China könnten aber nur der Anfang sein. Es komme jetzt darauf an, dass Deutschland 2017 diesen Impuls aufnimmt und die Möglichkeit effizienter und rechtsstaatlicher Entschuldungsverfahren schafft.

Laut [erlassjahr.de](#) sind derzeit 108 Entwicklungs- und Schwellenländer überschuldungsgefährdet. Mit der Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschul-

<http://erlassjahr.de/kampagne/debt20/>

dung – jetzt!“ fordert [erlassjahr.de](#) die G20 auf, die sich aufbauenden Schuldenkrisen im Globalen Süden als Gefahr für das Erreichen der vereinbarten globalen Entwicklungsziele anzuerkennen. Zusammen mit den Stimmen von 20 Menschen aus kritisch verschuldeten Staaten soll die Forderung Anfang November an die Bundesregierung übergeben werden. Im Gipfeljahr 2017 plant [erlassjahr.de](#) Aktionen rund um den G20-Gipfel in Hamburg und das G20-Finanzministertreffen in Baden-Baden. Die Kampagne „Debt20“ wird bereits von rund 150 Organisationen, darunter Diözesen und Landeskirchen, entwicklungspolitische Netzwerke, Eine-Welt-Gruppen und Kirchengemeinden, unterstützt. Eingestellt von Rainer Falk um [11:31](#) \_



Weltsozialforum 2016 -

Einige Ergebnisse von **Konvergenz-Versammlungen** sind auf der WSF-Seite veröffentlicht <https://fsm2016.org/en/>

**Kalender der Aktionen – lokal und weltweit:** The 2016 World Social Forum had a philosophy to move from reflection to action. Programming therefore allowed to be involved in the development of initiatives, that would follow the WSF, to contribute to social change throughout the process. We are now in the post-WSF. We are in the period of engagement. Let us commit ourselves to Another World! Because together, it is possible! Check the [calendar of actions](https://fsm2016.org/en/actions/). <https://fsm2016.org/en/actions/>

Erklärung von [Via Campesina](#)

[Umfangreiche Dokumentation in der Werkstatt für SiG 122](#)

# G20

## Ergebnisse vom Treffen am 4. und 5. September in China

### Was ist G20?

**Die G20 Länder:** Argentinien, Australien, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU



#### **Kurze Infos über G8 und G20:**

**Sand im Getriebe Nr.100** (Seite 32) ; Rede von Chavez für eine andere Weltordnung, s.28 ff)

#### **G192 gegen G20:**

*"Die Erweiterung des exklusiven Clubs der G8 zur G20 ist einerseits Ausdruck der veränderten Kräfteverhältnisse und der abnehmenden Gestaltungskraft der nördlichen Triade. Andererseits wurden die „Neuen“ **nur kooptiert** mit der Absicht, die Strukturen der Herrschaft des globalen Kapitals (inklusive IWF, WTO und Weltbank) möglichst unverändert zu lassen. Es soll sich wohl einiges ändern, damit das Wesentliche so bleibt wie es ist."*

Aus **Sand im Getriebe Nr.77**, Okt. 2009

In SiG 77: Artikel von [Fidel Castro](#), [Attac Frankreich](#), [Walden Bello](#) (Vorzüge der Deglobalisierung), [Samir Amin](#) (Kritik am Stiglitz-report), Miguel d'Escoto Brockmann (damaliger Präsident der UNO-Vollversammlung) : [Revitalisierung der UNO](#) , Cephas Lumina, UNO- Experte ([Schuldenaudits](#) durchführen!)

#### **SiG 70 „Ihr Gipfel wird nicht unser sein“**

100 soziale Bewegungen und NGOs plädieren für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau

Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO – u. a. m.

[Germanwatch](#) zu G20 - mehrere Studien und Artikel

### **Offizielle Dokumente über das Treffen im September 2016:**

[http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906\\_3395.html](http://www.g20.org/English/Documents/Current/201609/t20160906_3395.html) - Arbeitsübersetzung auf der Seite der [Bundeskanzlerin](#)

## **Internationaler Gewerkschaftsbund Kritiken an den G-20-Staatschefs**

*Die G20-Staatschefs drängen auf schnellen Aufschwung durch strukturelle Reformen – Gewerkschaften fordern dagegen langfristiges inklusives Wachstum*

6. September 2016

Der G-20-Gipfel im chinesischen Hangzhou unterstützt wachstumsfördernde Maßnahmen und konzentriert sich stärker auf die Entwicklungsländer. Die G-20-Staatschefs sehen dabei allerdings nicht, dass die jetzt anvisierten Reformen nicht geeignet sind, ein die Nachfrage stimulierendes Wachstum sowie gerechte Löhne und qualitativ hochwertige Jobs zu schaffen.

Der elfte G-20-Gipfel vom 4. und 5. September 2016 im chinesischen Hangzhou schloss mit der Veröffentlichung seines Schlusskommuniqués und eines Maßnahmenplans. Trotz negativer Zinsen, des Brexit, stagnierendem Wachstums in der Eurozone, einer hohen Wahrscheinlichkeit weiterer Zinssenkungen seitens der EZB und schwächelndem Wachstum in den Schwellenländern unter den G-20-Staaten klingt der Text optimistisch und legt den Schwerpunkt auf kurzfristige strukturelle Lösungen sowie eine längerfristige Wachstumssteigerung durch Innovationen.

„Die G-20-Gruppe spricht sich zwar für

*Wachstum aus, aber lässt Jobs und die Nachfrage außen vor. Trotz wichtiger Ergebnisse des Treffens der Arbeitsminister der G-20-Staaten im Juli wird die Reaktion auf Beschäftigungslücken und anhaltend niedrige Arbeitseinkommen in lediglich einem von 48 Absätzen abgehandelt. Es werden zwar die Leitlinien für existenzsichernde Arbeitseinkommen ebenso wie die Förderung von mehr Lehrstellen und besserer Beschäftigungsfähigkeit befürwortet, doch es fehlen entscheidene Maßnahmen in Verbindung mit den G-20-Wachstumsstrategien sowie Handlungsstrategien, die diese weiterführen“, so die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) Sharan Burrow.*

In der Stellungnahme der Gewerkschaftsgruppierung Labour 20 (L 20) zum Gipfel wurde gefordert, dass sich die neuen Leitlinien an der in Antalya formulierten Selbstverpflichtung im Bereich der Arbeitseinkommen ausrichten. Stattdessen wird strukturellen Reformen eine „zentrale Rolle“ zugeschrieben. Falls diese jedoch den an der Austeritätspolitik ausgerichteten Konsens der vergangenen Jahre fortschreiben sollten,

dann werden weder mehr Lohngleichheit noch mehr hochwertige Jobs entstehen. Indem sie Maßnahmen wie Investitionen in die Infrastruktur und die Stärkung von Arbeitsmarktinstitutionen ignorieren, wird den G-20-Ländern ein rein monetäres Maßnahmenpaket bleiben, das allein kein Wachstum schaffen kann. Dies gilt besonders, wenn die Wirtschaft einzelner Länder von Deflation oder niedriger Inflation bedroht ist – Gefahren, die beide in den Hangzhou-Ergebnissen überhaupt nicht thematisiert werden.

„Was die globale Wirtschaft jetzt sofort braucht, ist die Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen, nicht noch mehr Strukturreformen, die auf kurze Sicht sogar die Nachfrage dämpfen und zu mehr Unsicherheit beitragen könnten. Starke Arbeitsmarktinstitutionen, gute Jobs und Pläne für den Ausbau der Infrastruktur sollten das Kernstück der G-20-Wachstumsstrategien sein und als Leitlinien für strukturelle Reformen dienen – und nicht andersherum. Um die Wachstumsziele von Brisbane zu erreichen, müssen die Verant-

wortlichen integratives Wachstum entscheidener fördern und Gewerkschaften und sozialem Dialog eine wichtige Rolle dabei einräumen", sagte der Generalsekretär des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses (TUAC) bei der OECD.

Das G-20-Kommuniqué erwähnt Synergien zwischen nachfrage- und angebotsorientierten Maßnahmen sowie Chancen für Frauen, junge Leute und die schutzbedürftigsten Gruppen. Doch insgesamt fehlt ein an die Innovationsagenda angebundenes Mandat, die Nachfrage zu stärken und damit hochwertige Beschäftigung zu sichern. Es geht immer nur um die Angebotsseite.

Das Kommuniqué erkennt die Ziele nachhaltiger Entwicklung und den Aktionsplan von Addis Abeba an und benennt daran anschließende Handlungsbereiche, um das Pariser Klimaabkommen erfüllen zu können, mit dessen Ratifizierung die USA und China auf dem Treffen ein Zeichen setzten. Aber es muss mehr getan werden als Energiemärkte und stärkeres wirtschaftliches Engagement in Entwicklungsländern zu fördern.

„Regierungen schweigen zu verantwortlichem Wirtschaften und Menschenrechten in globalen Wertschöpfungsketten, während sie gleichzeitig noch mehr Handel wollen. Die L 20 erwartet, dass die G 20 sich 2017 zu konkreten Maßnahmen in Bezug auf globale Lieferketten und verantwortliches Wirtschaften verpflichtet. Beim Klimawandel ist das Kommuniqué ähnlich allgemein. Wo bleibt der laute Ruf danach, die Anstrengungen zu erhöhen, das 2°-C-Ziel zu erreichen und die Strategien für einen gerechten Umbau zu entwickeln, die nötig sind, das Klimaziel zu erreichen und hochwertige Arbeitsplätze zu sichern?“, fragte Burrow.

Dasselbe gilt für den neuen G-20-Schwerpunkt zum Thema „neue Wachstumspfade“ im Bereich von Innovationsstrategien, der

nächsten industriellen Revolution und der digitalen Ökonomie. Die L 20 ruft die deutsche Präsidentschaft im nächsten Jahr dazu auf, die technologie- und innovationsbezogenen Wachstumsziele mit der Zukunft von Arbeit und Qualifikationen als eine zentrale langfristige Herausforderung zu verbinden. Gleichzeitig muss die digitale Kluft in Entwicklungsländern und für die schutzbedürftigsten Gruppen überwunden werden.

„Innovationsschübe, industrielle Transformationen und die digitale Ökonomie werden viele Menschen überrollen, wenn sie nicht gut gestaltet werden. Innovationsstrategien müssen gemeinsam über verschiedene G-20-Institutionen und Politikbereiche hinweg formuliert werden. Hier geht es nicht nur um Investitionen und Technologietransfer. Gewerkschaften müssen bei der neuen G-20-Arbeitsgruppe als wichtige Partner hinzukommen, wenn es darum geht, nachhaltige und integrative Ansätze dafür zu finden, gute Arbeitsbedingungen zu sichern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hochwertige Weiterbildungen zur richtigen Zeit anzubieten, und zwar besonders im Produktions- und Dienstleistungsbereich und mit Blick auf demographische und migrationsbedingte Entwicklungen. Hierzu gehört auch die Regulierung neuer Geschäftsmodelle und atypischer Arbeitsverhältnisse in der Internet-ökonomie“, erklärte Evans.

Die G 20 haben nun endlich zur Kenntnis genommen, dass die aktuelle Flüchtlingskrise die größte seit dem zweiten Weltkrieg ist und dass die Lasten geteilt und Entwicklungshilfe geleistet werden muss, da viele Länder bereits überfordert sind.

„Es ist unsere Aufgabe, mehr gemeinsam zu tun. Die G 20 haben es versäumt, einen Aktionsplan dafür auszuarbeiten, Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Ausbildungsgelegenheiten für sie zu schaffen. Flüchtlingsfamilien, unbegleitete Minderjährige und junge Erwachsene haben Anspruch auf die Achtung

ihrer Menschenrechte und den Zugang zu Arbeit, Wohnung, Sprachunterricht und Berufsausbildung. Dem G-20-Kommuniqué fehlt ein wichtiges Wort an der richtigen Stelle: Integration“, sagte Burrow.

<http://www.ituc-csi.org/g20-leaders-push-for-short-term> - Übersetzung: Amata Schneider-Ludorff (coeditrad) / SiG-Redaktion

S. auch: <http://www.ituc-csi.org/l20-summit-china-2016?lang=de>

### **Internationaler Gewerkschaftsbund: Was ist L20?**

Die Gewerkschaftsgruppierung Labour 20 (L20) vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Ebene der G20. Sie setzt sich zusammen aus Gewerkschaften in den G20-Ländern sowie den internationalen Branchengewerkschaftsverbänden (GUFs) und wird vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und vom Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD koordiniert.

Seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 beteiligt sich die L20 am zwischenstaatlichen Prozess der G20, um gemeinsam mit der Wirtschaft (B20), der Zivilgesellschaft (C20) und der Jugend (Y20) als eine der offiziellen "Outreach-Gruppen" für einen integrativen und konstruktiven Dialog über 'Beschäftigung und Wachstum' zu sorgen. Die L20 übermittelt bei Konsultationen mit der Task Force Beschäftigung und den Treffen der Sherpas, bei den Zusammenkünften der Arbeits- und Finanzminister und den G20-Gipfeln die Schlüsselbotschaften der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die gemeinsamen Konsultationen der Sozialpartner mit den Staats- und Regierungschefs sowie mit den Finanz- und Arbeitsministern bilden einen integralen Bestandteil des G20-Prozesses.

<http://www.ituc-csi.org/l20?lang=de>

## **Christian Mihatsch, Klimaretter-Info G20 ohne handfeste Ergebnisse**

*Der G20-Gipfel im chinesischen Hangzhou endete ohne das Versprechen, das Pariser Klimaabkommen bis Ende des Jahres zu ratifizieren. Auch eine feste Zusage zum Ausstieg aus fossilen Subventionen blieb aus. Um Ölförderung und Stahlproduktion im Zaum zu halten, wurden lediglich Arbeitsgruppen gegründet.*

Beim Klimaschutz keine nennenswerten Neuigkeiten: Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer hat auf ihrem Gipfel im chinesischen Hangzhou wiederholt, dass sie das Pariser Weltklimaabkommen "so schnell wie möglich" ratifizieren wolle. So steht es in der Erklärung, die das Treffen hervorgebracht hat.

Was positiv klingt, ist eine Enttäuschung für viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Sie hatten gehofft, dass die G20-Länder sich zur Ratifizierung des Paris-Ver-

trags bis Ende des Jahres verpflichten würden, nachdem die USA und China den Vorgang demonstrativ im Vorfeld des Treffens abgeschlossen hatten. Jan Kowalzig von der Entwicklungsorganisation Oxfam zeigte sich vom Ergebnis denn auch wenig beeindruckt: "Der Passus zu Klima bringt wenig neuen Schwung in die Klimapolitik, denn die Ratifizierung des Paris-Abkommens anzustreben, ist eine Selbstverständlichkeit und kein Erfolg des G20-Gipfels."

Ohne feste Datumszusage blieben auch die

Subventionen für fossile Energieträger. Dem Vorbild der Gruppe der Sieben, deren Mitgliedsländer auch in der G20 sind, ist der Gipfel nicht gefolgt: Die G7 hat nämlich schon versprochen, die Subventionen bis zum Jahr 2025 abzuschaffen. Darauf konnte sich die G20 nicht einigen.

Deutlich wurden die Staaten im Absatz zu den Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation über das EGA-Abkommen zu Umweltgütern. Hier streben die beteiligten G20-Mitglieder einen Abschluss

der Verhandlungen in diesem Jahr an. Durch das Abkommen werden etwa Zölle auf Solarzellen und Windräder abgeschafft, was deren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fossilen Energien verbessert.

### Statt festen Daten Arbeitsgruppen

Aus dem Treffen ist zudem ein Abkommen zwischen Saudi-Arabien und Russland hervorgegangen. Die beiden **Ölproduzenten** wollen zusammen gegen den anhaltend niedrigen Ölpreis vorgehen. Dazu haben sie nun zunächst eine Arbeitsgruppe gegründet. Es werde in dem Rahmen auch eine freiwillige Begrenzung der Ölförderung diskutiert, gaben die Energieminister beider Länder bekannt. Der Ölpreis liegt seit zwei Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Ursache ist ein Überangebot, das vor allem durch US-amerikanisches Fracking-Öl und eine gesunkene Nachfrage aus China hervorgerufen wird.

Dass das chinesische Wirtschaftswachstum mittlerweile niedriger ausfällt als zuvor erwartet, hat auch für einen weiteren heiklen Punkt auf der Gipfel-Agenda gesorgt: die **Stahlschwemme**. Weil in China weniger gebaut wird, ist dort der Stahlverbrauch gesunken. Die oft staatlich unterstützten Stahlhersteller haben aber ihre sehr energiereiche Produktion nicht gedrosselt. Allein die chinesische Überproduktion ist daher mittlerweile doppelt so groß wie die gesamte europäische Produktion und landet meist auf dem Weltmarkt.

"Dies ist ein globales Problem mit einer spezifisch chinesischen Dimension", sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Hangzhou. Ähnlich sieht dies US-Präsident Barack Obama. An China gewandt sagte er: "Ihr könnt Probleme nicht einfach exportieren. Wir brauchen fairen Handel und nicht nur freien Handel." Um den **Abbau der Überkapazität**

**ten besser zu koordinieren**, haben die G20-Länder nun beschlossen, ebenfalls eine Arbeitsgruppe zu gründen.

Nicht nur in Klima- und Energiefragen lässt die Abschlusserklärung klare Beschlüsse vermissen. Auch bei den **geopolitischen** Konflikten blieb der Durchbruch aus: Die USA und Russland konnten sich nicht auf einen Friedensplan für Syrien einigen und auch beim Ukraine-Konflikt gab es keine Fortschritte.

Für eine negative Überraschung sorgte während des Gipfels ein Land, das gar nicht eingeladen war: Nordkorea. Am Montagmorgen hat die ostasiatische Diktatur testweise drei Raketen ins Japanische Meer abgefeuert. Die Waffen des Typs Rodong haben eine Reichweite von 1.300 Kilometern – genug, um damit Japan zu treffen.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/21870-g20-ohne-handfeste-ergebnisse>

## Oxfam

# Enttäuschende Ergebnisse bei den Themen Ungleichheit, Klima und Flucht

Die G20 Staaten haben auf dem Gipfel im chinesischen Hangzhou ihre alten Versprechen wiederholt, Ungleichheit zu reduzieren und mehr gegen den Klimawandel zu unternehmen. Für nächstes Jahr versprachen sie zudem ein stärkeres Engagement in der Flüchtlingsfrage. Oxfam kritisiert die Beschlüsse als zu vage und zu langsam.

### Ungleichheit und Steuerreformen:

Erfreulich sind der Konsens in Bezug auf die Entwicklung neuer globaler Steuerregeln sowie die Fortschritte beim länderübergreifenden Informationsaustausch von Steuerdaten. Gleichzeitig greift der bereits verabschiedete BEPS-Reformprozess (gegen Gewinnkürzung und -verlagerung) deutlich zu kurz. Ein faires und transparentes System, durch das globale Steuervermeidung wirksam bekämpft werden kann, ist so weiterhin nicht in Sicht. Auch nach dem Gipfel kann daher nicht von mehr Steuergerechtigkeit gesprochen werden. Entwicklungsländern entgehen jedes Jahr mindestens 100 Milliarden US-Dollar durch Steuervermeidung von multinationalen Konzernen. Das entspricht fast drei Vierteln der gesamten internationalen Entwicklungshilfe in Höhe von 135 Milliarden US-Dollar. Die finanziellen Mittel fehlen den Entwicklungsländern dann für den Auf- und Ausbau von Schulen und Krankenhäusern. Um soziale Ungleichheit endlich wirksam zu bekämpfen, fordert Oxfam daher „BEPS Plus“, eine zweite

Runde von Reformen, die den für Entwicklungsländer desaströsen internationalen Steuerwettbewerb nach unten beendet und echte globale Steuergerechtigkeit schafft.

Zu vage sind aus Oxfam-Sicht auch die Beschlüsse die getroffen wurden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Es bedarf weit mehr, um die gravierende Ungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern abzubauen.

### Zu Klima und fossilen Energien:

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen im Kampf gegen die weltweite Armut. Für über 60 Millionen Menschen wird derzeit die Nahrungsmittelversorgung immer prekärer, weil Dürren, Überschwemmungen und andere Wetterextreme, die wegen des Klimawandels zunehmen, die Ernten beeinträchtigen.

Insofern ist es richtig, dass die G20-Länder sich nun die zügige Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens vorgenommen haben. Allerdings verlieren sie in ihrer Abschlusserklärung kein Wort darüber, dass ihre jeweiligen Klimaschutzziele im Klimavertrag nicht ausreichen, um wie verabredet die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Von der Bundeskanzlerin war in Sachen Klima während des Gipfels kaum etwas zu hören – das könnte daran liegen, dass die Bundes-

regierung derzeit ihren Klimaschutzplan 2050 berät und ihn dabei so sehr verwässert, dass er in seinem aktuellen Entwurf dem Pariser Klimavertrag zuwiderläuft.

### Flucht und Migration:

Das Versprechen des diesjährigen G20-Gipfels, erst im Jahr 2017 mit der Entwicklung einer geeigneten Antwort auf die Flüchtlingsfrage zu reagieren, ist zu vage und die Antwort käme viel zu spät. Vor kurzem erst hat Oxfam darauf hingewiesen, dass die sechs reichsten G20-Mitgliedsstaaten weniger als neun Prozent aller Flüchtlinge aufnehmen und damit ihrem fairen Anteil nicht gerecht werden. Die Staats- und Regierungschefs müssen gewährleisten, dass alle Menschen die notwendige Unterstützung erhalten, die auf der Flucht vor Gewalt oder Armut sind oder aus anderen Gründen ihr Land verlassen haben und dabei in Not geraten sind. Dabei müssen ihre Grundrechte jederzeit respektiert werden. Reiche Länder in aller Welt müssen zudem mehr Flüchtlingen humanitäre Aufnahme gewähren und auch ärmere Länder, die bereits eine sehr große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen haben, stärker unterstützen. Schließlich gilt es, der größten Gruppe der weltweit Geflüchteten, den Schutz zu geben, den sie dringend benötigen – den in ihren Heimatländern vertriebenen Menschen. Die internationale Gemeinschaft darf diese Menschen nicht länger vergessen. [Oxfam](#)

### Weitere Berichte:

<http://www.heise.de/tp/artikel/49/49341/1.html>  
<http://makroskop.eu/2016/09/die-deutsche-bremse-der->

[internationalen-kreditmaschine/](http://www.internationalen-kreditmaschine/)  
[http://venro.org/uploads/tx\\_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme\\_G20\\_China.pdf](http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_G20_China.pdf)

# CETA - „C'est à nous de décider“

## Attac Deutschland: CETA: Undemokratische Verhandlungen schwächen die EU Kampagne gegen Wallonien Vorgeschnack auf nationale Ratifizierungsprozesse

26.10.2016 – [Attac.de](http://Attac.de)

Nicht das Nein Walloniens und Brüssels zu CETA schadet der EU, sondern die undemokratische Art und Weise, wie CETA auf den Weg gebracht und verhandelt wurde, stellt Attac fest.

*„Die EU ist nicht handlungsunfähig, weil Wallonien und Brüssel ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen, sondern weil Kommission und Regierungen die CETA-Verhandlungen völlig undemokratisch geführt haben und die EU-weite Kritik an CETA weitgehend ignorieren“* sagt Roland Süß vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. *„Zunächst wurde das CETA-Handelsmandat abseits der Öffentlichkeit und ohne breite demokratische Rückbindung beschlossen. Danach wurde sechs Jahre lang ohne Mitsprache der Parlamente und der Zivilgesellschaft verhandelt und auf Kritik allein mit Beschwichtigung reagiert. Nun heißt es, man dürfe das Abkommen nicht mehr ablehnen, weil das die ‚Handlungsfähigkeit‘ der EU gefährde.“*

### Hetze gegen Wallonien Vorgeschnack auf nationale Ratifizierungsprozesse

Die Reaktionen auf das Nein Walloniens bieten einen Vorgeschnack auf den Ablauf der nationalen Ratifizierungsprozesse. Roland Süß: *„Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat immer argumentiert, die CETA-Kritiker sollten erst mal die Verhandlungen zwischen der EU und Kanada abwarten. Danach sei es an den nationalen Parlamenten, sich mit CETA auseinanderzusetzen. Die Hetzkampagne gegen Wallonien macht deutlich, welcher Druck auf CETA-Kritiker inner- und außerhalb der Parlamente ausgeübt wird. Das beschädigt die Demokratie in Europa – nicht die wallonischen Abgeordneten, die ihrer demokratischen Pflicht nachkommen.“*

### EU-Kommission ignorierte über ein Jahr lang die Kritik Walloniens

Der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette hatte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström die Bedenken Walloniens schon am 4. Oktober 2015 vorgetragen,

Antwort erhielt er erst ein Jahr später am 6. Oktober dieses Jahres. 2016. Bereits im April 2016 beschloss das wallonische Parlament, CETA abzulehnen. Roland Süß: *„So ist Demokratie: Wer Bedenken beteiligter Akteure nicht von vornherein berücksichtigt, muss sich nicht wundern, wenn er am Ende vor einem Scherbenhaufen steht. Dagegen hilft nicht weniger, sondern nur mehr Demokratie.“*

### Parlamente und Zivilgesellschaft in EU-Verhandlungen einbeziehen

Attac fordert, dass Verhandlungen der EU künftig nicht nur transparent, sondern mit breiter parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung geführt werden. Fehlentwicklungen müssen bereits während des Verhandlungsprozesses korrigiert werden können. Eine solch umfassende Demokratisierung politischer Prozesse würde auch dazu beitragen, dem immer größer werdenden Einfluss von Konzernen auf die Politik entgegenzuwirken.

## CETA: Kerns zweite Chance Attac Österreich für Neustart der EU-Handels- und Investitionspolitik

27. Oktober 2016

Anlässlich des Scheiterns der für heute geplanten CETA-Unterzeichnung erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich: *„Bundeskanzler Kern hat nun eine zweite Chance seine eigene Kritik an CETA ernst zu nehmen. Er muss versuchen all jene Punkte im Abkommen zu ändern und zu entfernen, welche die Handlungsfähigkeit von Regierungen massiv einschränken. Die Klagerechte zählen dazu genauso wie die regulatorische Kooperation. Kerns Argument für CETA zu stimmen war, dass sich Österreich nicht alleine gegen das Abkommen stellen kann. Dieses Argument ist nun*

*hinfällig.“*

### Nur umfassende Demokratisierung wird Vertrauen in europäisches Projekt wieder stärken

Attac sieht in der Absage der CETA-Unterzeichnung eine große Chance. *„Es geht nicht nur darum CETA gründlich zu verändern sondern auch einen grundsätzlichen Neustart der EU-Handels- und Investitionspolitik einzuleiten. ArbeitnehmerInnenrechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Demokratie müssen dabei im Zentrum stehen. Nationale Parlamente und das Europäische Parlament müssen bereits bei der Erteilung von Ver-*

*handlungsmandaten involviert werden. Die Verhandlungen selbst müssen transparent und unter Einbindung der Parlamente und zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt werden. Fehlentwicklungen müssen von den Parlamenten bereits während des Verhandlungsprozesses korrigiert werden können“*, erklärt Strickner. Der Versuch, ein Abkommen wie CETA mit all seinen fatalen Auswirkungen auf Demokratie und Rechtsstaat auf Biegen und Brechen durchzuboxen, ist weder demokratisch, noch schafft er Vertrauen in das europäische Projekt.

**[Warum Wallonien Nein zu CETA sagt](#)**

## Merci Wallonie! Attac-Regionalversammlung NRW bedankt sich bei der belgischen Region für ihr Nein zu CETA

22.10.2016 – [Attac.de](http://Attac.de)

Mit der Ablehnung von CETA durch das Regionalparlament der Wallonie steht das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada kurz vor dem Scheitern. Dies wäre ein riesiger Erfolg für die Region und für ganz Europa. Auf dem heutigen Treffen der Regionalgruppen von Attac in Nordrhein-Westfalen danken die Teilnehmenden den Parlamentarier\_innen der Wallonie, dass sie bis jetzt dem massiven Druck standgehalten haben und bei ihrem Nein geblieben sind.

*„Merci Wallonie, ihr habt mit eurem Nein die Demokratie gegen Konzerninteressen verteidigt“*, sagt Annette Schmid von Attac Düsseldorf. Europa bekommt so die Chance die Verhandlungen zu stoppen und sich für eine alternative Handelspolitik einzusetzen, wie sie in den letzten Monaten von so vielen Menschen in Europa eingefordert wurde. (...)

### Volksinitiative NRW gegen CETA und TTIP soll Druck auf Landesregierung

**ausüben**

Bei der heutigen Attac-Regionalversammlung NRW in Aachen wurde beschlossen, nun erst recht die Bemühungen um die Volksinitiative NRW gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP zu intensivieren. Mit der Initiative wird die NRW-Landesregierung aufgefordert im Bundesrat sowohl CETA als auch TTIP abzulehnen.

Solidarität mit den Protesten gegen CETA in Belgien: <http://stopceta.de/>

**Belgische Gewerkschaften, attac Frankreich, Attac Quebec, Attac Österreich u.a.m. zu CETA: Werkstatt online**  
**[TiSA](#) würde jegliche "Zusicherung" über öffentliche Dienste im Rahmen von CETA ungültig machen, mehr [hier](#) und [hier](#)**

# Hände weg von Syrien – Eine dringende Botschaft für den Frieden angesichts der Gefahr eines größeren Krieges.

## Hands Off Syria Coalition

Wir erheben unsere Stimmen gegen die Gewalt des Krieges und den enormen Druck von Kriegspropaganda, Lügen und einer politischen Agenda, die verwendet werden, um diesen Krieg und jeden der vergangenen Kriege der USA zu rechtfertigen.

Wir, die unterzeichneten Organisationen und Einzelpersonen, unterstützen die folgenden **Punkte der Einheit** und werden als Ad-hoc-Koalition zusammenarbeiten, um zu helfen, die Regimewechsel-Intervention durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten und die Tötung unschuldiger Menschen in Syrien zu beenden.

- 1) Die Fortsetzung des Krieges in Syrien ist das Ergebnis einer von den USA, der NATO, ihren regionalen Verbündeten und reaktionären Kräften durchgeführten Intervention seitens der USA, deren Ziel der Regimewechsel in Syrien ist.
- 2) Diese Politik des Regimewechsels in Syrien ist illegal und geschieht in klarer Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, des Buchstabens und des Geistes des Völkerrechts und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.
- 3) Diese Politik des erzwungenen Regimewechsels bedroht die Sicherheit der Region und der Welt und erhöht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland mit dem Potenzial einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt.
- 4) Der Krieg, die US-Sanktionen und die EU-Sanktionen haben jeden Sektor der syrischen Wirtschaft destabilisiert und haben ein einst autarkes Land in eine hilfsabhängige Nation verwandelt. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung ist jetzt vertrieben. Ein UN-Bericht der ESCWA weist darauf hin, dass diese Sanktionen gegen Syrien die Hilfeleistung während einer der größten humanitären Notsituationen seit dem Zweiten Weltkrieg lähmen. Ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon und in der Türkei wurden von US-Kürzungen an UNICEF hart getroffen. Dies zwingt verzweifelte Flüchtlinge dazu, sich auf dem Weg nach Europa zu machen.
- 5) Keine ausländische Organisation, sei es eine ausländische Regierung oder eine bewaffnete Gruppe, hat das Recht, die Grundrechte des syrischen Volkes nach Unabhängigkeit, nationaler Souveränität und Selbstbestimmung zu verletzen. Dazu gehört das Recht der syrischen Regierung, militärische Unterstützung aus anderen Ländern anzufordern und zu akzeptieren, wie dies auch von der US-Regierung zugegeben worden ist.
- 6) Nur die Syrer haben das unveräußerliche Recht, ihre politischen Vertreter zu wählen und den Charakter ihrer Regierung zu bestimmen, und zwar frei von ausländischen Interventionen. Dieses Recht kann unter den Bedingungen der U.S.-orchestrier-

ten ausländischen Intervention gegen das syrische Volk nicht selbstbestimmt ausgeübt werden.

7) Unsere Opposition gilt dem erzwungenen Regimewechsel in Syrien durch von den USA unterstützte ausländische Mächte und ihre Söldner. Es ist nicht unsere Aufgabe, Präsident Assad oder die syrische Regierung zu unterstützen oder sich ihr zu widersetzen. Nur das syrische Volk hat das Recht über die Legitimität seiner Regierung zu entscheiden.

8) Die dringendste Frage ist derzeit der Frieden und die Beendigung der Gewalt durch ausländische Interventionen, die zum Tod von Hunderttausenden und der Vertreibung von Millionen von Syrern geführt hat und sowohl im Land selbst als auch als Flüchtlingskrise im Ausland.

Basierend auf diesen Punkten der Einheit vereinbaren wir als Einzelpersonen und Organisationen – in einer Ad-hoc-Koalition – folgende Forderungen und verpflichten uns, gemeinsam daran mitzuwirken:

- 1) Ein sofortiges Ende der U.S.-Politik des erzwungenen Regimewechsels in Syrien und die volle Anerkennung und Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechts und der U.N.-Charta durch die USA, die NATO und ihre Verbündeten, einschließlich der Achtung für die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Syriens.
- 2) Ein sofortiges Ende aller ausländischen Aggressionen gegen Syrien und ernsthafte Bemühungen um eine politische Lösung des Krieges.
- 3) Ein sofortiges Ende aller militärischen, finanziellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Unterstützung durch die USA, die NATO und ihre regionalen Verbündeten für die ausländischen Söldner und Extremisten im Nahen Osten.
- 4) Ein sofortiges Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien. Massive internationale Hilfe für Vertriebene in Syrien und syrische Flüchtlinge im Ausland.

Nur in einem friedlichen und unabhängigen Syrien, das frei von ausländischer Aggressionen ist, können die Syrer ihre Souveränitätsrechte frei ausüben, ihren freien Willen ausdrücken und freie Entscheidungen über ihre Regierung und die Führung ihres Landes treffen.

Wir fordern alle Unterstützer des Friedens und des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker auf der ganzen Welt auf, sich uns in Zusammenarbeit anzuschließen, um diese humanitären Forderungen zu erfüllen.

Wir benötigen Arbeitsplätze, Gesundheitswesen, Bildung und ein Ende der rassistischen Gewalt der Polizei in den USA, und keine US-Kriege im Ausland!

**Aufruf unterschreiben:** <http://handsofsyriacoalition.net/>

**Übersetzung und Liste der Erstunterzeichner/-innen :** <https://cooptv.wordpress.com/2016/10/17/an-die-usa-nato-haende-weg-von-syrien-eine-dringende-botschaft-fuer-den-frieden-angesichts-der-gefahr-eines-groesseren-krieges/>

## Bundesweite „Urgent Action Days“ vom 1. -10. November 2016

Das Bundeswehrmandat für Syrien soll verlängert und erweitert werden.

Die Kampagne „**MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien**“ fordert alle Friedensinitiativen auf, am breiten gesellschaftlichen Widerstand teilzunehmen.

Am 10. November 2016, bei der endgültigen Abstimmung im Bundestag sollen möglichst viele MdBs gegen eine Verlängerung des Bundeswehrmandats für Syrien stimmen.

Im Rahmen so genannter „Urgent Action Days“, die am 1. November 2016 unter dem Motto „NEIN zum Bundeswehrmandat, JA zu zivilen Lösungen für Syrien“ beginnen, werden bundesweit lokale und regionale Friedensgruppen mit Info-Ständen und Protestwachen vor den örtlichen Abgeordnetenbüros sowie mit Briefen, E-Mails und Nachrichten in den sozialen Medien darauf aufmerksam machen, dass es bei dieser Abstimmung nicht nur um die Verlängerung des Bundeswehrmandats, sondern auch um die Billigung des Einsatzes von AWACS-Flugzeugen der NATO geht.

„Damit würde die NATO nun auch offiziell Kriegspartei werden“, erklärt Uli Wohland aus dem Sprecher\*innenkreis der Kampagne. „Das wäre eine neue Stufe der Eskalation. (...)“

Weitere Informationen gibt es hier: [IPPNW](http://IPPNW)

**Attac Deutschland, November 2015 „Kein Kriegseinsatz in Syrien! Attac ruft zu Protest auf / Bundestag muss Militärintervention ablehnen“.** Darin heißt es unter anderem: „Wir lehnen alle militärischen Interventionen ab. Der von der Bundesregierung angestrebte Kriegseinsatz ist völkerrechtswidrig.“

Wir fordern den Stopp aller Rüstungsexporte und die Trockenlegung aller Finanzierungsquellen des "Islamischen Staates" sowie anderer terroristischer Milizen.

Dieser Krieg zerstört nicht nur die Lebensgrundlagen der Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Er untergräbt auch die mühsam erkämpften Freiheitsrechte in Europa. Die Opfer von Terroranschlägen und unsere Trauer um sie dürfen nicht instrumentalisiert werden, nicht für neue Überwachungsapparate, nicht für Kriege.“

Weitere Hinweise:

**Syrien und kein Ende / Ein Beitrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz**, <http://russlandkontrovers.de/syrien-und-kein-ende/>

**\*Spiel mit dem Weltkrieg\* [German foreign Policy](http://GermanforeignPolicy)**  
**Syrien: Washington und Berlin fordern Flugverbotszone**  
[www.hintergrund.de](http://www.hintergrund.de)

## Conrad Schuhler

### Der Terror als Mittel zur Überwindung der Demokratie



Der Terror ist immer und überall, will es scheinen. Kaum eine Nachrichtensendung vergeht, ohne dass wir auf „die terroristische Bedrohung“ und die von dieser ausgehende Gefahr hingewiesen und in Angst und Schrecken versetzt werden. Über den Terror, seine Ursachen sowie den Unterschied zwischen linken und rechten Antworten hierauf sprach Jens Wernicke mit Conrad Schuhler, Vorsitzender des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung in München.

**Jens Wernicke im Gespräch mit Conrad Schuhler.**

Herr Schuhler, in unseren letzten Gesprächen hatten wir bereits über die „[Terror-Manipulation](#)“ und das Wechselspiel zwischen Anschlägen, Geheimdienstaktionen und einem Klima der Angst gesprochen, das dazu benutzt wird, um Prozesse der

[Endemokratisierung](#) zu beschleunigen und forcieren. Seitdem ist viel passiert und hat die Lage sich deutlich zugespitzt. Es scheint, als wären „wir alle“ von „islamistischem Terror“ bedroht und täte die Politik ihr Möglichstes, die deswegen vorhandene allgemeine Angst in der Bevölkerung gen. Militarisierung der Außenpolitik, aber auch der inneren Sicherheit zu verwenden. Wie bewerten Sie die Lage? Was erleben wir im Moment?

C.S.: „Terror“ und „islamistischer Terror“ sind zu den Hauptchiffren für Fremdenfeindlichkeit, Flüchtlingsabwehr und mehr Polizeistaat geworden. Ungarns rechtsradikaler Präsident Orbán hat erklärt: Jeder einzelne Migrant stellt ein Terrorrisiko dar. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Seehofer sagte nach dem Attentat in München, nun sei der islamistische Terror in Deutschland angekommen. Tat-

sächlich hat der Münchner Attentäter, ein Iraner, aus einer rechtsradikalen Perspektive gehandelt und geschossen. Der norwegische Nazi-Massenmörder Anders Behring Breivik war einer seiner Heroen. Seine neun Todesopfer hatten allesamt einen Migrationshintergrund.

Die bayerische Polizei setzte 2.300 Einsatzkräfte ein, um gegen ihn vorzugehen, darunter die GSG-9 und die österreichische Spezialeinheit „Cobra“. Binnen Minuten wurde das Einsatzkonzept „Sonderlage nach Amoklauf“ zur „akuten Terrorlage“ hochgedreht, obwohl es sich um einen einzelnen Attentäter handelte. Der Nahverkehr wurde lahmgelegt, der Hauptbahnhof geschlossen, die sozialen Netze berichteten von Schüssen überall. Die Polizei produzierte Panik und Terrorhysterie in einer dadurch gelähmten Millionenstadt. München steht dabei symbolisch für den

gesellschaftlichen Aufriss, an dem gearbeitet wird: Die Terrorangst wird entfacht, um humane und demokratische Grundsätze vollends fahren zu lassen. Der Ausnahmezustand soll zum Dauerzustand werden. In ihrem Neun-Punkte-Plan hat Merkel nun Bundeswehreinheiten im Innern und mehr Abschiebungen angekündigt. Der bayerische Innenminister hat das präzisiert und verlangt, dass auch in Krisengebiete abgeschoben wird.

Das bricht mit der aktuellen Rechtslage, und darum geht es auch: die Bevölkerung so weichzuklopfen, dass sie weiteren Demokratieabbau und organisierten Fremdenhass hinnimmt oder sogar selbst entfacht. Vergessen wir nicht, dass sich die Zahl der rechtswidrigen Attacken auf Flüchtlinge im letzten Jahr verfünffacht hat, allein an die 100 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gab es in diesem Jahr. Und die regierungsamtliche Propaganda vom allgegenwärtigen „islamistischen Terror“ wird die Gewalttäter in ihrem rassistischen Wahn nur weiter beflügeln.

*Während die Bundesregierung den Ausbau ihrer Gewaltorgane ankündigt, sagt sie andererseits kein Wort zu den Ursachen von Flucht und Terror, die sie zu einem guten Teil selbst zu verantworten hat.*

Sie müsste endlich eine friedliche Außenpolitik organisieren. Stattdessen beteiligt sie sich an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten mit Hunderttausenden zivilen Opfern und hat ihre Rüstungsexporte gerade auch in Krisengebiete auf Rekordhöhen hochgetrieben. Sie müsste den Sozialstaat in Deutschland für alle ausbauen, auch für die Migranten.

Stattdessen nimmt die Verarmung in Deutschland zu, wird die soziale und medizinische Versorgung der Flüchtlinge weiter blockiert und diesen jetzt sogar damit gedroht, in Krisen- und Kriegsgebiete abgeschoben zu werden. Das ist de facto ein Aufzuchtprogramm des Terrorismus.

*Das heißt, unsere Eliten organisieren eine Art „Gewaltspirale“, wie auch der Friedensforscher Daniele Ganser diese immer wieder konstatiert, die auf der einen Seite zu Radikalisierung und auf der anderen dann zu Demokratieabbau und Sicherheitsstaat führt? Meinen Sie, das ist sozusagen so gewollt; ich meine, dass die Eliten gezielt daran arbeiten, den Polizeistaat zu errichten? Oder ist das Ganze schlicht Folge einer „Recht des Stärkeren“- respektive „Law and Order“-Mentalität, die per se nie auf die Idee kommen würde, die sozialen Ursachen von Gewalt zu erforschen oder die Macht- und also Eigentumsfrage zu stellen?*

Pierre Bourdieu hat in die „linke Hand“ und in die „rechte Hand“ des Staates unterschieden. Mit der linken Hand ist der Sozialstaat gemeint, mit der rechten die staatlichen Gewaltorgane. Max Weber hat den Staat be-

kanntlich als Inhaber des Gewaltmonopols definiert. Erste Aufgabe kapitalistischer Staaten ist die Sicherung des kapitalistischen Eigentums. Je mehr die „linke Hand“ verkümmert, desto mehr muss der Staat mit seiner „rechten Hand“ zulegen.

Der rapide Abbau der Sozialstaatlichkeit im Neoliberalismus sorgt für den Abbau der freiwilligen Zustimmung zur gesellschaftlichen Ordnung. Alle Untersuchungen belegen, dass die Menschen den Glauben an eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder verlieren und den politischen und medialen Eliten zutiefst misstrauen. Wenn die Menschen aber nicht mehr freiwillig mitziehen, dann muss die Elite die Elemente des Zwangs verstärken, auch die der medialen Einflussnahme. Das passiert derzeit.

Terror und islamische Bedrohung sind vor allem die Alibis für diese Art von Hochrüstung der staatlichen Gewalt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Bundestag den Einsatz der Bundeswehr im Innern beschließen wird. In Verantwortung für die Sicherheit der Bürger, versteht sich. Er kann ja schlecht sagen, da in der Bevölkerung die Zustimmung zu unserem System immer mehr abnimmt, müssen wir jetzt die Gewaltelemente verstärken.

Ob das so gewollt und strategisch geplant ist? Zur Strategie des neoliberalen Kapitalismus gehört auf jeden Fall der Abbau des Sozialstaates und die hemmungslose Bereicherung des 1 Prozent. Klügere Strategen haben von Anfang an mit einem Schwund der freiwilligen Zustimmung zum kapitalistischen System gerechnet. Huntington hat schon vor 25 Jahren als ideologischen Hauptgegner den Islam ausgemacht.

Wenn Sie sich die Papiere der Bundesregierung und ihrer wissenschaftlichen Apparate zur „Verteidigungspolitik“ anschauen, dann sehen Sie eine systematische Beschwörung Deutschlands als „weltpolitische Gestaltungsmacht“, einschließlich Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Jetzt werden Inlandseinsätze nötig. Natürlich ist das geplant und zielgerichtet. Schauen Sie sich beispielsweise die Politik der deutschen Regierung in Sachen TTIP und CETA an. Sie wollen einen Handelsblock schmieden, der sich nach innen gegen alle sozialen Forderungen, die das Eigentumsrecht der großen Konzerne beschneiden würde, immun macht, und der nach außen die Handelsregeln global festlegen würde, zum Nachteil der Länder des Südens. Wer eine solche Politik für die Elite ganz oben gegen den Rest der Welt durchziehen will, der braucht starke Gewaltorgane.

*Was ich beobachte, ist, dass es zunehmend auch zu einer Art „Links-Rechts-Konfrontation“ kommt, die mehr und mehr linke und kritische Positionen einzuordnen beginnt. Will sagen: Umso schlimmer die Terrorhysterie wird, umso mehr auch Linke sprechen von „innerer Sicherheit“, Gefah-*

*renlage etc. pp. Verschiebt sich hier ob der Angst womöglich der Diskurs, meine: engt sich der Raum des Sagbaren immer weiter gegen anti-humaner Positionen ein?*

Auch die Linke muss die innere Sicherheit als wesentlichen Bestandteil der sozialen Frage begreifen.

Ich kenne die USA, wo ich einige Jahre gelebt habe, ganz gut. Dort haben Sie mittlerweile „Gated Communities“, von privaten, teuren Sicherheitsdiensten bewachte Gemeinden, wo die Reichen ihr sicheres Leben führen, und Sie haben verwahrloste, kriminelle Bezirke, die umso krimineller und verwahrloster sind, je ärmer die Menschen sind, die dort leben müssen.

Sicherheit wird im neoliberalen Kapitalismus zu einer wertvollen Ware, die sich zufriedenstellend nur noch Reiche leisten können. Zu der sozialen Unsicherheit tritt die zivile Unsicherheit für die Subalternen. Das muss geändert werden. Zu den Forderungen der Linken muss der Ausbau der polizeilichen Kräfte gehören, aber polizeiliche Kräfte, die demokratisch kontrolliert und eingesetzt werden. Das Sicherheitsniveau im sozialen Brennviertel darf nicht schlechter sein als in den Villenvierteln.

Und der wesentliche Punkt ist die demokratische Kontrolle dieser Gewaltapparate.

Was Polizei, Geheimdienste und Bundeswehr anlangt, kann doch von effektiver demokratischer Kontrolle keine Rede sein.

Wir brauchen demokratische Räte, die sich aus Vertretern der Parlamente, der Kommunen, der Gewerkschaften, sozialen Gruppen und der Beschäftigten der Gewalteinrichtungen zusammensetzen und diese permanent kontrollieren. Wem das zu zukunftsfern klingt, der sollte sich keine Gedanken mehr machen über die Gesellschaft, die wir haben wollen.

*Wo die linken Positionen links bleiben, unterscheiden sie sich diametral von jenen der Konservativen und Rechten. Gibt es eine Art „Grundwiderspruch“ zwischen linken und rechten Antworten auf den Terror? Und wenn ja, woran macht man diesen fest?*

Der Grundwiderspruch besteht darin, dass rechte Positionen stets Gefahren konstatieren, die sie für in der „*Conditio Humana*“, der menschlichen Verfasstheit, begründet sehen. Nach den Terrorakten von Nizza und Würzburg hat Innenminister de Maizière etwa behauptet, es gehöre leider zum menschlichen Leben, dass es solche Gewaltexzesse gebe.

Neben dem „islamischen Terrorismus“ tritt im konservativen Erklärungskanon die psychotherapeutische Deutung auf. Alle Täter, heißt es, würden eine starke Persönlichkeitsstörung oder gar -zerstörung aufweisen. Nur solche gestörten Persönlichkeiten würden in die Welt des Terrors abdriften, gesunde Personen täten das nicht.

Dass Traumatisierungen und Persönlichkeitsstörungen nicht vom Himmel fallen,



sondern im Wesentlichen soziale Ursachen haben, wird von den konservativen Terrordeutern grundsätzlich geleugnet. Dementsprechend sehen die Rechten als Antwort auf den Terrorismus die Abschottung der Außengrenzen und die Perfektionierung des Polizeistaats nach innen. Für die Linke hingegen ist der Terrorismus eine Folge der globalen und nationalen Unterdrückung und der wachsenden sozialen Ungleichheit. In Deutschland besitzt das reichste Prozent der privaten Haushalte ein Drittel des Gesamtvermögens, während die Mehrzahl des großen Restes so gut wie kein Vermögen besitzt, aber fast jeder Fünfte armutsgefährdet ist. Jede wirkliche Ursachenbekämpfung muss an diesen sozialen Übeln ansetzen.

Die „traumatisierten“ Gewalttäter in Frankreich, Belgien und auch bei uns kommen mehrheitlich aus der zweiten Generation von Migranten, die in sozial unterversorgte Enklaven abgeschoben wurden. Wer den Terrorismus überwinden will, sagt die Linke, muss für würdevolle Lebensbedingungen für alle sorgen. Ohne diese geht es nicht, soziale Sicherheit und Frieden sind die Grundlage für so etwas wie Sicherheit.

*Und das aber wird durch die politische Rechte und ihre Propaganda negiert?*

Ja, die rechte Propaganda deutet die soziale Frage in einen Verteilungskampf um, der zwischen Innen und Außen und nicht zwischen Oben und Unten im Klassengefüge der einheimischen Gesellschaft geführt

wird. Als Gegenspieler werden die eigene, zivilisierte Kultur und die vermeintlich minderwertige Kultur und Religion der anderen ausgegeben.

Und dass die Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Ausländer so gewaltig zugenommen haben, erklärt selbst der Innenminister von Nordrhein-Westfalen damit, dass die Menschen sich das trauen, weil sie glauben, dass ihre rassistische Haltung jetzt begrüßt und gutgeheißen wird. Ich bedanke mich für das Gespräch.

*Dieser Text erschien zuerst auf den „NachDenkSeiten – die kritische Website“. Die Verwertung durch uns erfolgt im Rahmen der Creative Commons Lizenz 2.0 Non-Commercial, unter welcher er publiziert wurde.*

## Otto König / Richard Detje Militärbündnis EU wird ausgebaut

11. Oktober 2016

### Bratislava-Agenda als Fahrplan zur Militarisation

Europa, das in Folge der neoliberalen Austeritätspolitik sozial auseinanderdriftet und in der Flüchtlingsfrage zwischen nationalistischen Egoismen und menschenfeindlicher Abschottungspolitik zerrieben wird, soll ausgerechnet über einen Militarisationsschub wieder zu mehr Einigkeit finden. Die »gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ist auserkoren, die zentrifugalen Tendenzen zu bremsen und zum einigenden Band der zerbröselnden Staatengemeinschaft zu werden.

Das einzige Thema, auf das sich alle EU-Mitgliedstaaten derzeit einigen können, ist »mehr Sicherheit«. Immer mehr Papiere werden publiziert – deutsch-französische, ein italienisches, eines der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini – mit der eindeutigen Botschaft: Europa muss in Sachen Verteidigung schlagkräftiger gemacht werden. Die EU dürfe nicht länger allein von der militärischen Macht und Fähigkeit einzelner Länder abhängen.

Der angekündigte Austritt Großbritanniens hat für die EU-Militärpolitik neue Spielräume eröffnet. Schon wenige Tage nach dem Brexit-Votum präsentierten Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Kollege Jean-Marc Ayrault Grundelemente für eine »europäische Sicherheitsagenda«.[1] »Äußere Krisen« seien »zahlreicher geworden und geographisch näher an Europa herangerückt«, ist in dem Papier zu lesen.

Deshalb solle die EU, um »zivile und militärische Operationen wirksamer planen und durchführen« zu können, eine »ständige ... zivil-militärische ... Planungs- und Führungsfähigkeit« installieren und die

»Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung« verstärken. Die EU-Staaten sollen »ihre gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich ihrer Verteidigungshaushalte« bekräftigen und einhalten.

Vor dem Gipfel der EU-Regierungschefs in der slowakischen Hauptstadt Bratislava im September legten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr französischer Kollege Jean-Yves Le Drian mit ihrem Papier »Erneuerung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU« (GSVP) nach.[2] Die Ende Juni von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vorgestellte neue »EU Global Strategy on Foreign and Security Policy« erfordere, so die beiden Minister, ein militärisch »stärkeres Europa«.

Es gehe nicht um eine europäische Armee, sondern um eine verstärkte Zusammenarbeit, und dazu sei der Aufbau eines »ständigen zivil-militärischen Hauptquartiers« zur Steuerung von zivilen und militärischen EU-Missionen und Operationen notwendig. Das Papier enthält Vorschläge zur gemeinsamen Finanzierung von EU-Interventionen und plädiert für eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.

Diese Vorschläge sollen zunächst von einer kleinen Gruppe EU-Staaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande sowie die Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn – vorangetrieben werden, deren militärischem Zusammenschluss sich später weitere Staaten anschließen können. Um dieser Militärkooperation das notwendige politische Gewicht zu geben, sollen sich die Treffen des Europäischen Rats künftig regelmäßig auch dem Thema »Sicherheit und Verteidigung« widmen.

Die beiden deutsch-französischen Positionspapiere entsprechen weitestgehend den Vorstellungen, die Berliner Außen- und Militärpolitiker seit ein paar Jahren äußern.[3] Mit der Verabschiedung des Weißbuchs 2016 »Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« wurde quasi ein offizielles Ergebnis gefunden. In dem Dokument betont die Große Koalition, man sei bereit, »die globale Ordnung aktiv mitzugestalten« und »Führung zu übernehmen«.

Die globale außen- und sicherheitspolitische Strategie der EU werde wesentlich dazu beitragen, die »Handlungsfähigkeit der Union in ihren Außenbeziehungen zu stärken«. Deutschlands strategische Prioritäten lägen in einer fortschreitenden Integration europäischer Streitkräfte, der Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO sowie im kohärenten Zusammenwirken zwischen NATO und EU.

Bei der Bereitschaft, militärische Macht einzusetzen, geht es nicht nur um die Kontrolle nationalstaatlicher und/oder Außengrenzen der EU, sondern ganz generell um die Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen. »Der politische Wille nach einer globalen (Mit)-Führung kann nur dann geltend gemacht werden, wenn er auch machtpolitisch unterfüttert wird«, schreibt Carlo Massala, Professor an der Bundeswehr-Universität in München.[4]

Entsprechend seien die Auslandseinsätze der Bundeswehr im sogenannten »Krisengürtel« rings um Europa von Afghanistan über Mali, Libyen und Syrien bis zum Irak getragen von der Überzeugung, »sicherheitspolitische Verantwortung« tragen zu müssen. Voraussetzung sei dafür eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr und eine stärkere militärische Zusammenarbeit in der EU.

Deshalb müsse »die Kooperation im Bereich der Verteidigung« ausgebaut werden, unterstrich Kanzlerin Angela Merkel auf dem »Dreier-Gipfel« mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi Ende August symbolträchtig auf dem Hubschrauberträger »Giuseppe Garibaldi«.

**Die ersten Weichen auf dem Weg zur Militarisierung der EU wurden schon auf den Ratsgipfeln in Köln und Helsinki im Jahr 1999 mit dem Beschluss, eine »Schnelle Eingreiftruppe« aufzustellen, gestellt. Danach entwickelte sich das Projekt »Militärmacht Europa« mit »Lichtgeschwindigkeit«, so der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana. Die Einrichtung eines Militärausschusses und andere für die Militärplanung relevante Institutionen folgten im Jahr 2000. Mit der Verabschiedung der »Europäischen Sicherheitsstrategie« 2003 bekam die Interventionsausrichtung der EU ein festes Rahmenwerk. Erste Militäreinsätze folgten noch im gleichen Jahr – inzwischen sind es 30 gemeinsame Militäreinsätze auf drei Kontinenten.**

Die Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigungspolitik müsse zur »Norm, nicht zur Ausnahme« werden, schrieb die EU-Außenbeauftragte in ihr Papier »Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik«, in dem sie feststellt: »Wir müssen bereit und in der Lage sein, abzuschrecken, zu antworten und uns zu schützen gegenüber Aggressionen, Provokationen und Destabilisierung«. Zwei Schwerpunkte für Investitionen sieht Mogherini in der militärischen Aufklärung und verbesserten digitalen Fähigkeiten. Damit findet sie nicht nur in einer ganzen Reihe EU-Staaten Gehör, sondern ermunterte auch den ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán, die Debatte über den »Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee« wieder anzustoßen.

Es war EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, der sich den Großteil der kursierenden Vorschläge zu eigen machte und in

seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 in Straßburg erklärte: »Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus. ... Europa muss mehr Härte zeigen.« Die EU könne es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln. Es gelte die EU-Battle-Groups einsatzbereit zu machen. Gemeinsame Rüstungsgüter könnten der EU in einzelnen Fällen übereignet werden, um die Interventionsfähigkeit unterstützen – »selbstverständlich in uneingeschränkter Komplementarität mit der NATO«.[5]

Juncker plädiert für eine Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes, denn »eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie«. Ein europäischer Verteidigungsfonds könne der »Forschung und Innovation einen kräftigen Schub« verleihen. In diesem Zusammenhang stellte EU-Kommissar Jyrki Katainen Pläne für sogenannte »Europäische Verteidigungsanleihen« (European Defence Bonds) in Brüssel vor, mit denen die Mitgliedstaaten zusammen Kapitalmärkte anzapfen könnten, um zum einen gemeinsam Rüstungsgüter wie Drohnen, Kriegsschiffe und diverse Cybertechnologie anzuschaffen und zum anderen in die Terrorabwehr und den Schutz der Außengrenzen vor Flüchtlingen zu investieren.

Während Deutschland, Frankreich und Italien auf dem EU-Gipfel in Bratislava für »Gemeinschaftsprojekte« in der Sicherheitspolitik warben, sperrten sich die Briten. Schon nach Bekanntwerden der deutsch-französischen Initiative hatte sich Londons Verteidigungsminister Michael Fallon besorgt über eine »unnötige Verdopplung dessen, was wir bereits in der NATO haben«, geäußert. London werde sich »auch weiterhin jedem Versuch widersetzen, einen Rivalen zur NATO zu schaffen.«

Unabhängig von den Bedenken der vor dem Absprung stehenden Briten soll es mit der Militarisierung der EU zügig gehen: Der »Bratislava-Fahrplan«, auf den sich

die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten außer Großbritannien geeinigt haben, verlangt ausdrücklich die »Verstärkung der EU-Zusammenarbeit im Bereich der externen Sicherheit und der Verteidigung«. Bis zum nächsten EU-Verteidigungsministertreffen Mitte November soll Federica Mogherini ein beschlussfähiges Konzept vorlegen – dazu soll der Aufbau eines »operativen EU-Hauptquartiers« gehören. Dann soll, wie es in der »Erklärung von Bratislava« heißt, »über einen konkreten Zeit- und Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung« entschieden werden.

Dies als »Motor für das weitere Zusammenwachsen Europas« auszugeben, ist das Gegenteil eines solidarischen, demokratischen und sozialen Europa.

[1] Jean-Marc Ayrault/Frank-Walter Steinmeier: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, <http://www.auswaertiges-amt.de>  
[2] »Erneuerung der GSVP« – Deutsch-französische Verteidigungsinitiative. [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de), 12.9.2016.

[3] Bundespräsident Joachim Gauck kann drei Jahre nach seinem erstmaligen Plädoyer im Rahmen der »Einheits«-Feierlichkeiten in Dresden im Jahr 2013, dass Deutschland sich künftig stärker als bisher in die internationale Politik – auch militärisch – einmischen müsse, auf eine erfolgreich abgeschlossene Kampagne zurückblicken. Vgl. Otto König/Richard Detje: Gauck fordert Ende der »Zurückhaltung«, auf [SozialismusAktuell](http://SozialismusAktuell.de), 22.6.2014.

[4] Vgl. Carlo Massala: Europa zwischen USA und Russland – Ist eine europäische Armee die richtige Antwort? In: Gerd F. Kaldrack/Hans-Gert Pöttering (Hrsg.): Eine einsatzfähige Armee für Europa. Zur Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon, Wiesbaden 2011.

[5] Vgl. Jürgen Wagner: Bratislava – Agenda EU-Rüstungsschub nach dem Brexit, [IMI-Analyse 2016/34](http://IMI-Analyse.de).

Quelle:

[http://www.sozialismus.de/kommentare\\_analyse/detail/artikel/militaerbuendnis-eu-wird-ausgebaut/](http://www.sozialismus.de/kommentare_analyse/detail/artikel/militaerbuendnis-eu-wird-ausgebaut/)

## Bundesweite Friedensdemonstration am 8.10. in Berlin Redebeitrag von Mike Nagler (attac Koordinierungskreis)

Liebe Freunde,  
schön das so viele Menschen heute auf der Straße sind!  
Wir sind heute hier weil wir Nein sagen zu den neuen Aufrüstungsplänen der Regierung! Wir sagen Nein zu Waffenproduktion und Rüstungsexporten! Wir sagen Nein zur Aushöhlung des Asylrechts. Wir sagen Nein zur Abschottungspolitik des EU Grenzregimes. Wir sagen Nein zu einer Politik die zu-

nehmend auf militärische Konfrontation setzt!  
Wir sagen JA zu Dialog, Kooperation und friedlicher Konfliktlösung.  
Wir sagen JA zu Abrüstung: Die Waffen nieder – Überall!

### Was ist das eigentlich für eine Zeit?

Eine Zeit, in der uns Politiker erzählen, es wäre kein Geld für Bildung, kein Geld für

Soziales vorhanden. Dann aber gleichzeitig ein beispielloses milliardenschweres militärisches Aufrüstungsprogramm ankündigen. Eine Zeit, in der in Europa Atomwaffen modernisiert und wieder einsatzbereit gemacht werden.  
Eine Zeit, in der völkerrechtswidrige Drohenkriege mit unzähligen zivilen Opfern geführt werden  
Eine Zeit, in der über 60 Millionen Men-

schen weltweit auf der Flucht sind. Auf der Flucht auch vor deutschen Waffen, auch wieder vor deutschen Soldaten.

Eine Zeit, in der das Asylrecht faktisch außer Kraft gesetzt wird und gleichzeitig auf EU Ebene mit der Verschärfung der Dublin Regelungen Geflüchtete schutzlos gestellt werden.

Eine Zeit, in der die Deutsche Bank nach weiteren Rettungspaketen schreit und in der deutschen Außenpolitik immer militaristische Töne zu hören sind.

**Es ist eine Zeit, in der eine starke unabhängige Friedensbewegung unbedingt notwendig ist.** Die Menschen hier und überall auf der Welt wollen keine Kriege! Sie wollen keine Aufrüstung – sie wollen Frieden!

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und deshalb sind wir heute auf der Straße!

Seit 1945 gab es nicht mehr so viele Menschen, die auf der **Flucht vor Krieg und Hunger** waren wie heute. Viele Menschen werden gezwungen ihre Länder zu verlassen, weil sie dort keine Perspektiven mehr sehen.

Gestern, vor 15 Jahren, **am 7. Oktober 2001, begann die Bombardierung Afghanistans.** „Krieg gegen den Terror“ hieß die Parole und eine gewaltige Militarisierungsmaschine wurde in Gang gesetzt!

Die Zahl der Kriegstoten wird bis heute allein in Afghanistan auf bis zu 500.000 geschätzt. Heute, 15 Jahre später, ist noch immer kein Ende der Katastrophe in Sicht.

Die Bilanz ist ein Desaster: Tausende unschuldige Zivilisten wurden getötet, viele Menschen befinden sich auf der Flucht und das Land ist heute komplett zerstört.

Darüber hinaus hat sich die Zahl der **Kriegsschauplätze** fast Jahr für Jahr vergrößert: **Irak, Somalia, Sudan, Libyen, Ukraine, Mali, Syrien...die Liste der Einsatzgebiete auch der Bundeswehr ist lang.**

Die Erfahrungen aus dem sogenannten „Krieg gegen den Terror“ sind eindeutig: Wer Terror mit Krieg bekämpft erntet mehr Krieg und mehr Terror.

Darum sagen wir: Nein zum Krieg.

**„Schluss mit den Auslandseinsätzen.**

Aktuell liegt der deutsche Militärhaushalt bei ca. 35 Milliarden jährlich. Die Einhaltung der NATO-Beschlüsse verlangt nun

eine Anhebung auf 2% des Bruttoinlandsproduktes. Das entspricht nahezu einer **Verdopplung der Militärausgaben in den nächsten 8 Jahren.** Hierfür scheint Geld dazu sein. Angesichts des riesigen Investitionsstaus im sozialen Bereich, beispielsweise in Höhe von 34 Milliarden allein bei den Schulen, ist das unbegreiflich.

Frau von der Leyen hat im Januar sogar 130 Milliarden zusätzlich für die Aufrüstung der Bundeswehr bis 2030 angekündigt. Das sind Steuergelder, die zweckentfremdet werden.

Wir fordern: Schluss damit! Statt die Bundeswehr für weitweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, diese Gelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Aber: Wofür das alles?

**Warum diese massive Aufrüstung?**

**Warum die neuen Militäreinsätze?**

Was wir getrost ausschließen können ist, dass es den Regierenden um Menschenrechte, Demokratie oder die Verbreitung von Wohlstand in der Welt geht.

Denn dazu braucht man keine Armeen, dazu braucht man keine Militärinterventionen, keine Aufrüstungsprogramme und Waffenexporte.

Deutschland und der EU geht es darum, sich für die Auseinandersetzungen im weltweiten Konkurrenzkampf zu wappnen.

Es geht um den Zugang zu fossilen Energiereserven und anderen Rohstoffen.

Es geht um die Positionierung im globalen Kampf um Märkte und Profite.

Es geht auch um die militärische Abschottung der „Festung Europa“ gegenüber den Menschen, die wir mit unserer verfehlten Wirtschafts- und Handelspolitik zu ewiger Armut verdammt haben.

Die Abschiebungs- und Abschottungsagentur Frontex wurde erst in dieser Woche mit neuen Befugnissen ausgestattet, um Überwachung und Abschottung im Mittelmeer noch rigoroser umzusetzen.

Um diese Gewaltpolitik durchzusetzen, wird sie der Bevölkerung schmackhaft gemacht, indem Feindbilder geschaffen werden!

Der „islamistische“ Terrorismus und die Länder Nordafrikas über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentralasien eigneten sich in den letzten Jahren hervorragend für die neuen Feindbildprojektionen der alten und neuen europäischen Kolonialmächte.

Und angesichts der Stationierung deutscher Soldaten in Osteuropa, nun auch in Litauen, muss man ganz deutlich sagen: Wir haben in Europa nur eine friedliche sichere Zukunft mit, nicht ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland.

Es ist absolut notwendig, dass viele Menschen deutlich machen, dass sie nicht bereit sind, die neuen Großmachtambitionen und Kriegsabenteuer hinzunehmen.

**Wir fordern:** Die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Wir fordern den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO.

Für Heckler & Koch, Rheinmetall, Krauss Maffei Wegmann und Co. war das vergangene Jahr ein gutes Jahr. Nie vorher waren die Rüstungsexporte so hoch wie im vergangenen Jahr. Nach wie vor gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Wir fordern: Rüstungsproduktion und Waffenexporte müssen gestoppt werden!

Solange sich mit Krieg Geld verdienen lässt, wird es auch Kriege geben. Nur wenn die Wurzeln, nur wenn die Ursachen von Kriegen, der Kapitalismus und Imperialismus, beseitigt sind, wird es wirklich dauerhaft Frieden geben können.

Denn Kapitalismus und Demokratie sind niemals miteinander vereinbar. Zum Aufbau einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft ist eine andere Wirtschaftsordnung eine unabdingbare Voraussetzung. Und hierfür ist die Frage nach dem Eigentum die wichtigste, an der sich alles andere festmacht.

Eine wirklich demokratische Gesellschaft verhindert die aus großen privaten Vermögen resultierende Machtzusammenballung. Eine wirklich demokratische Gesellschaft lässt das Vermögen denen, die es durch ihre Arbeit schaffen. Das ist and bleibt die Voraussetzung einer strukturell friedlichen Welt.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Nein zu Krieg and Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU!

Wir wollen Dialog, weitweite Abrüstung und friedliche zivile Konfliktlösungen!

Eine andere, eine gerechtere and friedlichere Welt ist möglich!

In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Demonstration.

<http://friedensdemo.org/redebeitrag-mike-nagler-attac-koordinierungskreis/>

# Attac Frankreich

## Strategische Orientierung 2016-2019

Die Vorlage zur strategischen Orientierung 2016 – 2019 wurde im Rahmen der Jahreshauptversammlung am 30. Januar 2016 besprochen und verändert, nach einer Debattenphase fand zwischen dem 15. April und dem 15. Mai 2016 eine Abstimmung per Briefwahl über Ergänzungen und Änderungen. An der Abstimmung nahmen von knapp 10000 Mitgliedern von Attac Frankreich rund 2700 teil; <https://vie-interne.attac.org/ag/2016/article/programme-de-l-ag-28-mai>. Der so entstandene Text wurde auf der Attac-Vollversammlung Ende Mai 2016 verabschiedet.

<https://vie-interne.attac.org/ag/2016/rapport-d-orientation-2016-2019/article/rapport-d-orientation-2016-2019-319>

Die Übersetzung der strategischen Orientierung für die Jahre 2013-2016 - „Gegenmacht aufbauen“ - ist in **SiG 101** erschienen.

### Identität und Strategie von Attac

Die durch die Finanzwelt und die private Verschuldung bedingte Krise von 2007-2008 hat nicht dazu geführt, dass die neoliberale Politik in Frage gestellt wurde. Sie ist im Gegenteil in eine neue Blase der öffentlichen Verschuldung und Finanzspekulationen gemündet. Die Schwellenländer, die das weltweite Wachstum gesichert haben, versinken nunmehr erneut in einer enormen ökologischen und Finanzkrise, insbesondere China, das seine Wirtschaft neu orientieren muss. Der Welthandel ist nach der subprimes-Krise abgeflaut. Sobald die nächste Finanzkrise stattfindet, werden die meisten Regierungen die inzwischen kolossalen öffentlichen Schulden nicht weiter in die Höhe treiben können. Zudem werden die Zentralbanken nicht in der Lage sein, die Zinssätze, die ohnehin schon beinahe bei null stehen, weiter herunterzuschrauben. Der kapitalistische Globalisierungsprozess könnte sich umkehren und zu einer Epoche der Zersplitterung der Weltwirtschaft werden.

Im Laufe des nächsten Mandates 2016-2019 unserer Organisation, die Ende der Neunziger Jahre als Kampfansage gegen den sich durchsetzenden Neoliberalismus gegründet wurde, wird dieser neue Kontext uns stark beschäftigen. Der Neoliberalismus ist noch nicht am Ende, das Finanzwesen ist sogar nach 2008 noch konzentrierter und mächtiger geworden, seine Instabilität ist jedoch immer weniger kontrollierbar. Der identitäre Rückzug bestärkt zudem maßgeblich die Tendenzen zur Zersplitterung der Weltwirtschaft. Die Plünderung natürlicher Ressourcen, die militärischen Eingriffe im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika tragen zum blutigen Chaos in diesen Regionen bei und lösen somit die Auswanderung von Menschen aus, die nun auf die Grenzen der „Festung Europa“ stoßen.

Überall ruft die Brutalität der glauben- und gesetzlosen Finanzkapitalisten soziale, ökologische, feministische und demokratische Kämpfe hervor, andererseits generiert sie jedoch fundamentalistische, sexistische, nationalistische oder rassistische Reaktionen. Gewisse rechtsextreme Strömungen stellen sich als Feinde des Liberalismus dar, begnügen sich aber damit, dessen Zügellosigkeit

anzuprangern ohne jemals die Grundlagen des kapitalistischen Systems zu bekämpfen. Sie behaupten, dass sie das Volk gegen die Eliten vertreten, wälzen dann aber ihren Hass auf Sündenböcke aus dessen eigener Mitte (Ausländer, Flüchtlinge, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, sozial Ausgegrenzte usw.).

Angesichts der zunehmenden sozialen Gewalt reagieren die Regierungen mit Unterdrückung, mit der Kriminalisierung von Whistleblowern und Sozialbewegungen, mit Sicherheitspolitik und mit einer generellen Überwachung, was die öffentlichen Freiheiten und die Demokratie bedeutend beeinträchtigt und das Gefühl der Enteignung nur verstärkt. Die sozialen Bewegungen bleiben ihrerseits gespalten - das betrifft insbesondere die Gewerkschaften, die mit strategischen Fragen konfrontiert sind und sind unfähig, die von der neoliberalen Globalisierung am meisten betroffenen sozialen Gruppen zusammenzubringen. Deren Mobilisierungen, Kritiken und Vorschläge werden von den Medien weitestgehend ignoriert. Diese Medien sind ohnehin in der Hand einiger großer privater Gruppen, deren Einfluss die Informationsvielfalt maßgeblich bedroht. Dementsprechend ist in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Mobilisierungen im sozialen Bereich und im Kampf gegen die Austeritätspolitik zu verzeichnen. Die Griechenland-Krise hat den Mangel an Koordination der Bewegungen in der EU und das Vakuum in der politischen Debatte aufgezeigt, deren Konsequenzen heute deutlich werden. Gleichzeitig gewinnen andere soziale und ökologische Bewegungen an Einfluss, wie zum Beispiel der Widerstand gegen die großen unnützen und aufgezwungenen Projekte, die Bewegung für Klimagerechtigkeit oder die feministischen Bewegungen.

### Die wesentlichen Dimensionen der Identität von Attac

Nach jahrzehntelangen sozialen Niederlagen und ideologischen Rückschritten ist die Rückgewinnung des Einflusses durch intensive Basisarbeit erforderlich. Attac hat es sich in diesem schwierigen Kontext der immer währenden Krise zur Aufgabe gemacht, die Klärungsprozesse wieder in

Schwung zu bringen und neu zu gestalten. Attac hat zudem versucht, die Bewegungen auf allen (lokaler, nationaler, europaweiter und internationaler) Ebenen zu unterstützen und zum Aufbau sowie zur Verstärkung und Sichtbarkeit der internationalen Solidarität beizutragen. Das findet u.a. im Rahmen des „Alter Summit“, der Bewegung für Klimagerechtigkeit, des „World Social Forum“ (WSF) und des europäischen und weltweiten attac-Netzwerks statt; Attac schenkt den neuen Mobilisierungsformen (Indignados und Occupy, Alternatiba, Blockupy, europäische Märsche gegen die Austeritätspolitik, weltweite Frauenmärsche...) besondere Aufmerksamkeit.

Unser Widerstand gegenüber der neoliberalen Politik bezweckt nicht die Neubelebung einer verklärten Vergangenheit - Einheit der nationalen oder religiösen Gemeinschaft - sondern zielt auf eine weltweite politische Gemeinschaft der Menschen, die es schaffen könnte, den grenzenlosen Herausforderungen die Stirn zu bieten: Wohlstandsgefälle, Ungleichheiten der Geschlechter und Klimawandel, sowie auch deren Folgen: die Migration verzweifelter Bevölkerungen. Die Bewegung für eine andere Welt tritt für das Projekt weltoffener Gesellschaften ein, die die Herrschaft des allgemeinen Wettbewerbs ablehnen. Daher muss sie versuchen, die Ebenen der demokratischen Souveränität, das Lokale mit dem Globalen und die Politik mit der Wirtschaft zu verbinden. Der Verkehrsfreiheit von Kapital und Waren, sowie der Schließung der Grenzen und der herrschenden Einstellung des „jeder-für-sich“ möchten wir die Reise- und Kooperationsfreiheit der Menschen entgegensetzen, um gemeinsam nach Mitteln und Entscheidungen zum Schutz der Natur und Gesellschaft zu suchen.

Die politisch-wirtschaftliche Elite wird sich bemühen, ihre Privilegien zu verteidigen und sich ohne Zögern entscheiden, sich der profitorientierten Politik anzuschließen und somit eine maßvolle und gerechte Gesellschaft selbstherrlich ablehnen. Aufgabe der sozialen Bewegungen ist es, eine solche Politik und deren schreckliche Folgen zu verhindern und das Konzept einer solidarischen und kooperativen Gesellschaft wünschenswert zu machen, die auf Demokratie und soziale wie Klimagerechtigkeit basiert.

## Die Grundlinien der Strategie von Attac

Die Strategie von Attac bewegt sich im Rahmen einer dreifachen Grundüberlegung und Praxis:

Volksbildung mit dem Ziel, einen Bruch mit der neoliberalen Politik und eine Überwindung des Kapitalismus und des patriarchalischen Leitbildes zu erreichen; Projekte des gesellschaftlichen Übergangs mittragen; gewaltfreier Ungehorsam.

Attac muss sich in den vielfältigen Widerstand einbringen, um einen echten Neuaufbau der Gesellschaft und der Natur zu fördern. Die neoliberale Diskurs muss entkräftet werden und der Widerstand muss sich gegen die wirtschaftliche und finanzielle Globalisierung, gegen die Finanzialisierung, die sich auf Gesellschaft, Natur und Demokratie auswirkt, entfalten. Genereller Freihandel, freier Wettbewerb, Finanzialisierung der Natur, Privatisierung der Gemeingüter und Produktivismus sind mit den sozialen, ökologischen und politischen Einrichtungen Institutionen nicht vereinbar, die zur Errichtung einer gemeinnützigen, vielfältigen, gerechten und überlebensfähigen Welt erforderlich sind.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, eine der treibenden Kräfte zur Veränderung der Gesellschaft, ist auf der Strecke geblieben, wobei die Austeritätspolitik die Frauen noch viel härter trifft und die Ungleichheit der Geschlechter noch um Einiges verstärkt.

Dieser Widerstand erfordert eine aktive Volksbildung, also die Aneignung von Wissen und eine Entwicklung der Expertisen der Bürger/-innen, die in der Lage ist, sich der Gehirnwäsche in jeglicher Form, insbesondere durch die vorherrschenden Medien zu widersetzen, und zudem kulturelle Aktivitäten in Stadtvierteln, wie Volksfeste (zum Beispiel Jahresfeier der Nacht zum 4. August 1789, wo die Privilegien des Klerus und des Adels abgeschafft wurden), öffentliche Kinovorführungen, gesellige Abende (Festtafeln) anbietet, alles Unternehmungen, die weite Teile der Bevölkerung erreichen, insbesondere die Jugend. Dem vereinfachenden Diskurs der Meinungsbildner setzt Attac fundierte Analysen und Vorschläge entgegen, die von Aktivistinnen und unter effektiver Mitarbeit der Bürger/-innen selbst erarbeitet sind.

Es geht vor allem um den Abbau des weit verbreiteten Irrglaubens an einen heilbringenden Wachstum, der einzig und allein die Vollbeschäftigung sichern könnte. In diesem Sinne werden die sozialen, ökologischen und feministischen Kämpfe und der Widerstand gegen die Beschleunigung der kapitalistischen Akkumulation, gegen die großen und unnötigen, erzwungenen Infrastrukturprojekte und den Extraktivismus vernetzt und aufeinander bezogen. In die-

sem Sinne werden auch Kämpfe gegen die Multis und deren Industrie- und Finanzlobbys geführt, die das Handeln der öffentlichen Stellen kolonisiert haben.

Zweitens ist unsere Strategie durch das aktive Mitwirken an Projekten der Transition sowie an lokalen und systemkritischen Alternativen gekennzeichnet: Genossenschaften und Kooperationen, neue Statuten für Unternehmen, wonach deren Kontrolle durch die Arbeitnehmer/-innen möglich sein soll, Sozial- und Solidarwirtschaft, Komplementärwährungen, genossenschaftlicher Wohnungsbau, kurze Handelswege, bäuerliche ökologische Landwirtschaft, dezentrale und kooperative Energieerzeugung bzw. -versorgung, Commons-Bewegung, Transition Towns usw.

Unverzüglich reagieren wir auf den Zusammenbruch des vorherrschenden Zivilisationsmodells und auf die Flucht nach vorne, indem wir zeigen, dass erstrebenswerte Alternativen jetzt schon möglich sind. Neue Welten werden aufgebaut, aus denen Gesellschaften entstehen, die fähig sind, sich auf die Erschütterungen einzustellen, die sie bedrohen, auf die finanziellen, ökologischen, technologischen und demokratischen Erschütterungen.

Denn wir wissen, dass das Ziel in den Mitteln selbst liegt, die genutzt werden, um es zu erreichen. Diese weltweit zahlreichen, aber scheinbar zersplitterten Alternativen haben gemeinsame Ziele, und sie entwerfen, initiieren und ermöglichen die notwendigen Umbrüche auf anderen Ebenen – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Und zuletzt können wir uns angesichts der Bedrohungen nicht damit begnügen, die legale Zerstörung der menschlichen Gesellschaften, der Demokratie und der Natur einfach zu beklagen. Die Mehrheit der gewählten Vertreter\_innen regiert im Dienste des Finanzwesens und der transnationalen Unternehmen und nicht jenem der breiten Bevölkerung. Die Griechenland auferlegte Austeritätspolitik hat dies nur zu deutlich bestätigt.

Die aufgezwungene Politik ist nicht legitim, die Regierungen verraten ihre Versprechen und treten die Demokratie mit den Füßen. Daher rufen wir zu entschlossenen und gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams auf. Beschlagnahme- und Besetzungsaktionen, Wiedereroberung des öffentlichen Raumes, die „Zones à défendre“ (ZAD, „zu verteidigende Zonen“, eine Art politisch motivierte Besetzung) und selbstverwaltete Freiräume müssen Symbole und Stützpunkte werden, zur Auslösung einer global umfassenderen Bewegung des zivilen Ungehorsams.

## Die Schwerpunkte des Attac-Engagements

Das Attac-Engagement (Volksbildung, Alternativen und Erfahrungen für einen nachhaltigen Übergang, ziviler Ungehorsam) umfasst mehrere Schwerpunkte, die hier in separaten Rubriken vorgestellt werden. Der wichtigste Teil unserer Arbeit besteht darin, diese Schwerpunktbereiche wirksam und sinnvoll miteinander zu verknüpfen und sie mit Analysen und Handlungen anzureichern, die es möglich machen, in einem Kontext des globalen Zusammenbruchs zu denken und zu handeln. Die Fragen können nicht unabhängig voneinander behandelt werden, denn nicht weniger als eine zivilisatorische Veränderung ist notwendig. Wir brauchen neue Narrative, um das Umsteuern erstrebenswert, glaubwürdig und motivierend zu gestalten.

### Den Finanzsektor entwerfen

Acht Jahre nach der Finanzkrise scheint die Lage für die Finanzwirtschaft und die Banken so günstig wie noch nie zu sein. Die zaghaften Reformen im Finanzsektor, die nach der Krise eingeleitet wurden, werden bereits in Frage gestellt. Die Lobbys und die finanzpolitische Oligarchie blockieren die notwendigen Investitionen für einen Übergang der europäischen Wirtschaftssysteme hin zu nachhaltigen Wirtschaftsmodellen. Mehr als je zuvor muss Attac den Kampf zur Entwaffnung der Finanzwirtschaft führen: Der Finanzsektor muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden und nicht die Demokratie unter die Kontrolle der Finanzwirtschaft. Falsche Lösungen wie die Grüne Finanzwirtschaft müssen bekämpft werden.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich Attac auf mehreren Ebenen:

- In Frankreich und in Europa sind die Staatsverschuldung und ihre Verknüpfung mit der Austeritätspolitik ein zentrales Thema. Im Rahmen der Bürgerinitiative für ein Schuldenaudit werden wir unsere Bemühungen zur Aufklärung, unsere Vorschläge und Mobilisierungen weiter fortführen.
- Steuerbetrug, Steuerflucht und aggressive Steueroptimierung führen in der EU zu geschätzten Steuerausfällen in der Höhe von rund 1000 Mrd. € pro Jahr. Das ist inakzeptabel. Attac wird auch in Zukunft den Kampf gegen die Steueroasen und die Verrechnungspreise fortsetzen. Attac setzt sich weiterhin für die Aufhebung der Doppelbesteuerungsabkommen ein und dafür, dass die "ausgemusterten" Steueroasen aus dem französischen Gesetzentwurf über den Finanzsektor verschwinden.
- Attac macht sich stark für eine echte Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, um die Banken wieder unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen und ihre

Aktivitäten in den Steuerparadiesen anzuprangern, besonders im Rahmen der Kampagne „Requins“ („Haifische“).

- Das Projekt der Kapitalmarktunion und der Investitionsplan für Europa der Kommission Juncker sind Vorbote einer neuen Offensive der Finanzmarktderegulierung und der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen von Public-Private-Partnership Modellen. Attac muss gegen diese Pläne mobilisieren, indem es mit der Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle der Finanzwirtschaft und der Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegenthält.

### **Für einen ökologischen, sozialen und feministischen Übergang**

Die ökologische Krise verschärft sich und der Mythos vom unbegrenzten Wachstum verneint zusehends die notwendige Neuorientierung der Wirtschaftssysteme in den Industrieländern hin zu einer Reduzierung der Güterproduktion und einer Senkung der Treibhausgasemissionen. Tag für Tag setzen die Multis ihre Beutezüge in den Gesellschaften und Ökosystemen fort, sie verhöhnen die Sozial- und Umweltrechte und entwickeln zerstörerische Projekte (große, unnütze Projekte, industrielle Landwirtschaft, Landnahmen und Denaturierungen, Exploration und Gewinnung von nicht konventionellen Kohlenwasserstoffen, weitere Förderung fossiler Brennstoffe, Wiederinbetriebnahme stillgelegter Minen, Privatisierung von Wasserressourcen, zivile und militärische Nuklearprojekte). Unter dem wachsenden Druck der Industrie- und Finanzlobbies unterstützen immer mehr Staaten diese Vorgehensweise, anstatt sie durch strenge Regeln zu beenden. Die Staaten sind nicht bereit notwendige Investitionen zu tätigen, um den ökologischen Erfordernissen und den gesellschaftlichen Dringlichkeiten wirksam zu begegnen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechen.

Der Widerstand gegen die Multis und das Aufzeigen von Alternativen hat die Position von Attac gestärkt, Denkanstöße und Analysen zum ökologischem Kollaps und zu seinen Auswirkungen auf unsere Weltanschauung zu liefern. Ein Bruch mit dem produktivistischen System ist notwendig. Das setzt voraus, dass Aktivitäten entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden, die sich an den gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen orientieren und mit einer Reduktion der Arbeitszeit und lebenslangem Lernen verbunden sind: Das gilt für öffentliche Dienste (Bildungswesen, Gesundheitsbereich, Kultur, Wohnen, Wasserversorgung), für die soziale Sicherung und die Investitionen in erneuerbare Energien... Dieser Bruch ist nur mit einem tiefgreifenden Wandel der Organisation der Arbeit möglich, bezogen auf die Qualität wie auf

die Arbeitszeit, eine Neuorganisation, die Schluss macht mit dem doppelten Last der Überlastung der einen und der Präkarisierung der anderen vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit.

Unabdingbare Grundlage dafür ist die Verteidigung und die Stärkung des Arbeitsrechts. Das Arbeitsrecht wird von der neoliberalen Politik gezielt zerstört, Tarifverhandlungen werden zu einem Werkzeug im Dienste der Konkurrenz unter Missachtung des ArbeitnehmerInnenschutzes. Die „Überisierung“ der Wirtschaft bedeutet für die ArbeitnehmerInnen Präkarisierung und Vereinzelung. Attac tritt für alternative Regelungen der Arbeitswelt ein. Der Wert der Arbeit soll neu gedacht werden, unterschiedliche Berufslaufbahnen sollen gefördert und die wirtschaftliche (Beteiligung an der Steuerleistung) und soziale Solidarität (Krankenversicherung, Pensionen) gestärkt werden. Im aktuellen Kontext der Massenarbeitslosigkeit beteiligt sich Attac an der Diskussion der verschiedenen Vorschläge: bedingungsloses Grundeinkommen, Grundeinkommen, lebenslanges Gehalt, etc. - als Ergänzung oder Alternative zur Verbesserung der aktuellen Sozialhilfe und der damit verknüpften Bedingungen (RSA - „aktives Solidareinkommen“, Status der Freischaffenden, etc.), Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Schaffung von Arbeitsplätzen. Attac engagiert sich gemeinsam mit den Interessenten und Interessentinnen (Gemeinschaften, Bündnisse, Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, etc.) Denkräume und Strukturen zu schaffen, wo auf demokratische Art und Weise über die Entwicklung dieser Konzepte diskutiert wird und ad-hoc Mobilisierungen vorbereitet werden.

Eine Systemänderung ist notwendig. Die Erfahrungen aus den Übergangsprozessen und die lokalen Alternativen zeigen den Weg zu einer anderen Welt.

Der Kampf gegen den Klimawandel gehört zu unseren zentralen Anliegen. Er ist mit dem Kampf gegen den Freihandel, die Organisation des Finanzsektors und im Kampf gegen das grenzenlose Wachstum verknüpft. Diese Kämpfe werden öfter in Form von friedlichem und radikalem Ungehorsam geführt. Wir schlagen vor:

- Die Volksbildung fortzuführen. Attac leistet sowohl auf nationaler Ebene als auch über die lokalen Gruppen einen wichtigen Beitrag zu den Überlegungen über die verschiedenen Dimensionen des Übergangs in ein neues Gesellschaftsprojekt.

- Die Aktivitäten und Kampagnen von Attac auszuweiten, die in den Jahren 2013 - 2015 mit Blick auf die COP21 entwickelt wurden und die Widerstand, Ungehorsam und Alternativen umfassten. Dazu sind Erweiterungsstrategien notwendig, die bereits sehr konkret sind. Die Erfahrung mit Alternativen bestätigt das. Attac wird auch in Zukunft diese Alternative aktiv unterstützen, die Hoffnung macht und unsere politische

Praxis verändert.

- Attac soll ein wesentlicher Akteur bei der Schaffung einer Bewegung für die Klimagerechtigkeit sein. 2015 ist dafür ein Wendepunkt. Attac hat im Bündnis Coalition Climat 21 eine wesentliche Rolle eingenommen. Das wird auch so bleiben mit Blick auf die Post COP 21 Ereignisse und Diskussionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

### **Gegen die multinationalen Konzerne, den Freihandel und die transatlantischen Verträge kämpfen**

Die transatlantischen Verträge, die die Europäische Union aushandelt, TTIP [1] mit den Vereinigten Staaten und CETA [2] mit Kanada, stecken voller ernsthafter Gefahren: es geht nicht mehr nur darum, Zollschranken zu senken, man will auch unter dem Vorwand der Harmonisierung soziale, die Umwelt und das Gesundheitswesen betreffende Normen und sogar Finanzregulierungen angreifen. Die Verträge stellen außerdem eine Gefahr für die Demokratie dar, weil sie den multinationalen Konzernen erlauben gegen Regierungen vorzugehen, wenn Gesetze ihre Gewinne schmälern könnten.

Diese Verträge sind Teil einer globalen Offensive, um die Kontrolle der multinationalen Konzerne über unsere Gesellschaften zu verstärken, eine Offensive, die sich auch in der Wiederaufnahme der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zeigt oder in den Verhandlungen für einen umfangreichen Vertrag zur Liberalisierung der Dienstleistungen, dem TiSA-Vertrag [3]. Angesichts dieser Drohungen haben Attac, ihre Partnerorganisationen sowie zahlreiche lokale Initiativen überall in Frankreich eine große Kampagne zur Frage der Freihandels- und Investitionsverträge gestartet. Die dafür erforderliche Arbeit wird in engem Kontakt mit mehreren Gründungsmitgliedern von Attac durchgeführt.

Die verschiedenen Freihandelsverträge zum Scheitern zu bringen wird nicht ausreichen, um die politischen, ökonomischen und institutionellen Träger dieser Projekte zum Nachgeben zu bringen. Die Kampagne gegen diese Freihandelsverträge stellt ein wichtiges Instrument dar:

um für das Thema Freihandel ganz allgemein zu sensibilisieren und erneut zu mobilisieren gegen die WTO, gegen andere von der EU oktroyierte Freihandelsverträge, vor allem gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA bzw. EPAs) mit den AKP-Staaten [4] und dies in internationaler Solidarität mit den Bewegungen, die auf allen Kontinenten im Kampf gegen die Freihandelsverträge sind.

um wieder den Einfluss der Lobby-Gruppen, die Auswirkungen der multinationalen

Unternehmen auf die Bereiche Soziales und Umwelt und deren Strafflosigkeit in Frage zu stellen, und um Antworten darauf zu geben.

um unsere Alternativen zu entwickeln: Entwicklung möglichst lokaler Wirtschaftsstrukturen (u. a. die Rückführung ins Ausland verlagertes Betriebe), Umgestaltung unserer Produktions- und Konsumweise, Einführung einer Straßen-Maut, Verteidigung einer lokalen Demokratie, die den Zugang zu den Bürgerrechten sicherstellt und den ökologischen Erfordernissen genügt. Das Alternative Handelsmandat für Handel und Investitionen bekannt machen und ihm eine Form geben, die für eine weitere Verbreitung geeignet ist.

### **Mit dem Neoliberalismus in Europa brechen**

Die Aktivitäten von Attac tragen dazu bei, eine andere mögliche Welt zum Vorschein kommen zu lassen; auf dem Weg dahin sollen diese Aktivitäten auch dazu beitragen, die Kräfteverhältnisse in Europa umzukehren. Die Erfahrungen aus der Auseinandersetzung der Regierung Syriza mit den europäischen Institutionen haben einen Einblick in die strategische Debatte gewährt, die innerhalb der linken und sozialen Bewegungen Europas geführt wird. Die Gewalt, die die europäischen Institutionen ausüben, lässt kaum mehr eine Wahl. Ab jetzt ist es klar: wer nicht ungehorsam sein will, dem bleibt nur die Unterwerfung.

Ein politisches Programm könnte eine große gesellschaftliche Mehrheit für eine Regierung zusammenbringen, die die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten verteidigen würde: sich auf ein Kräftemessen mit den europäischen Institutionen einlassen und eine Reihe einseitiger Maßnahmen ergreifen, die die Währung, das Steuersystem, die Schulden und die Banken betreffen, und sich notfalls darauf vorbereiten, eine nationale Komplementärwährung zum Euro einzuführen oder sogar aus dem Euro auszusteigen. Die Unerbittlichkeit der Gläubiger wird die Unterstützung vieler Menschen für solche Maßnahmen nur weiter verstärken. Eine solche Strategie würde es erlauben, mögliche Bündnisse in Europa zu schmieden und sich auf die europäischen sozialen Bewegungen zu stützen; eine solche Strategie würde einer echten Alternative zum Neoliberalismus in Europa Gestalt verleihen.

Aus der Auseinandersetzung zwischen Griechenland und seinen Gläubigern folgt eine weitere Lehre, nämlich dass es vergeblich ist, Lösungen allein von den politischen Kräften zu erwarten. Ohne den fortwährenden Druck der sozialen Bewegungen und dem Aufschwung von breit getragenen Alternativen wird es keine positiven Veränderungen in Europa geben. Daher bemüht sich Attac, diese Bewegungen in Frankreich wie

in Europa zu stärken – zusammen mit seinen Partnern und dem europäischen Attac-Netzwerk. Wir müssen den Widerstand gegen den Kapitalismus auf allen Ebenen, auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene aufbauen und für einen echten ökologischen und sozialen Wandel unserer Gesellschaften eintreten.

### **Demokratie und Gleichheit gehören zum Kern unserer Aktivitäten**

Nach den Attentaten vom Januar und vor allem vom November 2015 haben François Hollande und seine Regierung einen gefährlichen antidemokratischen Sicherheitskurs eingeschlagen. Permanenter Ausnahmezustand, Rücknahme demokratischer Rechte und Freiheiten, Unterdrückung sozialer Bewegungen, Entzug der Staatsangehörigkeit, militärische Interventionen haben in der Zivilgesellschaft Widerstände hervorgerufen, zu denen Attac beiträgt, und die sich weiter verstärken müssten. Dieser sicherheitspolitische Kurs verstärkt den Legitimitätsverlust der derzeitigen politischen Institutionen und verpflichtet uns, unsere Aktivitäten für eine wirkliche ökonomische, soziale, ökologische und feministische Demokratie zu verstärken. Das setzt voraus, gegen alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung und für den Zugang eines jeden und einer jeden zu den Bürgerrechten zu kämpfen.

Die Rechte der von der neoliberalen Globalisierung am meisten betroffenen Menschen, Migranten, prekär Beschäftigte, Frauen, Obdachlose werden immer stärker Objekt von Angriffen zynischer Politiker, die darauf abzielen, den legitimen Zorn vieler Menschen auf Sündenböcke abzulenken. Angesichts der sozialen Diskriminierung, die durch den Neoliberalismus gefördert und durch die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt wird, angesichts der rassistischen und fremdenfeindlichen Reden des Rechtsextremismus sowie angesichts der Versuchung des Rückzugs in seine religiöse Gemeinde, ist es nötig, die republikanischen Prinzipien der Gleichheit, der Solidarität und des Laizität, Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, Tag für Tag zu stärken und anzuwenden. Der antirassistische Kampf ist eine Gelegenheit der Bewegung für eine andere Welt, und Attac kämpft daher für die Einführung der an den Wohnsitz gebundenen Staatsbürgerschaft und für das Ausländerwahlrecht.

Der Kampf für Frauenrechte durchzieht alle Aktivitäten von Attac und er muss in der Organisation seinen gebührenden Platz einnehmen, gleichgültig ob es sich um Aktionen gegen die Austerität handelt oder für Klimagerechtigkeit. Dies ist um so wichtiger, da die Rechte der Frauen durch den Aufstieg der Rechten in Europa in Frage gestellt werden. Der Kampf gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist

nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine Bedingung für die individuelle und kollektive Emanzipation von Männern wie Frauen.

In einer Zeit, in der die großen Medien immer mehr in den Händen großer privater Firmen konzentriert sind, muss das Recht auf eine pluralistische und qualitätsvolle Information als ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie verteidigt werden.

Attac beteiligt sich außerdem an der Ausarbeitung und Erprobung von Formen sozialer und demokratischer Kontrolle, von Vergesellschaftung von Unternehmen und Institutionen. Auf dem Feld der praktischen Demokratie fördern wir Verfahren, die eine direkte Beteiligung der Bürger/-innen an den sie betreffenden Entscheidungen sowie eine wirksame Kontrolle ihrer Vertreter/-innen erlauben. Das geschieht durch die Ausarbeitung neuer demokratischer nicht ausschließlich repräsentativer Praktiken, die Wahlen mit anderen Verfahren zur Bestimmung der Verantwortlichen verbinden: direkte Demokratie, Los-Verfahren, Ehrenamt, Versuche mit dem imperativen Mandat, usw. Das ist ein Bereich, in dem es besonders dringend ist, Fortschritte zu machen. Um so mehr, als es dazu innerhalb von Attac zahlreiche noch zu diskutierende Vorschläge gibt: Abberufungsreferenden, Bürgerkonvente und -kammern, deren Mitglieder durch Los bestimmt werden, Modalitäten für einen verfassungsgebenden Prozess aus der Gesellschaft heraus, „hier und jetzt“ Versuche mit neuen demokratischen Praktiken auf Initiative der sozialen und politischen Bewegung, usw. .

Der ökologische, soziale und feministische Wandel und der Bruch mit dem Kapitalismus werden nur möglich sein, wenn die Bürger/-innen die Führung ihrer Angelegenheiten auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene an sich reißen. Während der nächsten Amtsperiode wird sich Attac in allen ihren Untergliederungen entschlossen darum bemühen, mit der Beschreibung, Verbreitung und Verwirklichung möglicher Formen dieser Führungsübernahme durch die Bürger/-innen voranzukommen. Das setzt eine grundsätzliche Erneuerung der Verfahren voraus. So werden in der Bewegung zur fundamentalen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens neue Beteiligungsverfahren und Entscheidungsprozesse in allen Bereichen – sozialem, wirtschaftlichem und politischen Bereich - ihren gebührenden Platz einnehmen. Die kommende Präsidentschaftswahl könnte die Gelegenheit für Debatten über die Notwendigkeit und die Mittel einer radikalen Demokratisierung des politischen Lebens in einem bislang in Frankreich nicht bekannten Ausmaß sein. Mit innovativen Vorschlägen wird Attac seinen Beitrag zur Debatte leisten.

Zu diesem Zweck wird Attac eine Kommission „Demokratie“ auf der Grundlage der

bereits geschaffenen Arbeitsgruppen bilden. Diese Kommission wird die Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats und anderer Kommissionen und Arbeitsgruppen heranziehen können. Sie wird einen oder mehrere Koordinator/-innen aus seiner Mitte benennen, die sich mit dem Verwaltungsrat zusammensetzen werden. Diese neue Kommission muss erneut über die Demokratie, ihre Mittel und ihren Sinn nachdenken, denn über die Demokratie wird der soziale Wandel verwirklicht, dessen Ziel die individuelle und kollektive Emanzipation ist. Breite Schichten der Bevölkerung empfinden ein Gefühl der Ungerechtigkeit und wünschen sich eine größere soziale Gleichheit, wählen aber Regierende, die dem Neoliberalismus, ja sogar dem radikalen Neoliberalismus ergeben sind. Attac wird eine gründliche Untersuchung starten, um dieses Paradox zu analysieren und um Auswege aus dieser gefährlichen Sackgasse zu finden. In diesem Zusammenhang müssen unter anderem wieder Begriffe überprüft werden wie Souveränität, Emanzipation, Repräsentation, direkte Demokratie, Staatsbürgerschaft, unmittelbare Demokratie oder Demokratie als staatliche Einrichtung, Bürger/-innen-Konvent. Ziel dieser Kommission ist es, einen Beitrag zur Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Alternativen zur zweifachen - politischen und ökonomischen - Enteignung zu leisten, die der Kapitalismus und die „real existierende Demokratie“ täglich in allen sozialen Bereichen durchführt.

Die Oligarchie maßt sich das Recht auf die Entscheidungen an, und das macht es ihr möglich, das Recht und die Natur zu zerstören. Angesichts der Katastrophen des Kapitalismus müssen Demokratie und Gleichheit im Mittelpunkt stehen, wenn es um den sozialen Wandel und die Wahrung der Natur geht!

### **Die interne Betriebsweise von Attac Frankreich**

Angesichts der kommenden Herausforderungen und der Rolle, die wir Attac zuweisen, muss die innere Demokratie gestärkt werden, indem wir die Arbeitsweise unserer Gremien verbessern und unsere Aktivistengruppen verstärken.

### **Die innere Demokratie stärken und die Arbeitsweise unserer Gremien verbessern.**

Zu Beginn der dreijährigen Amtsperiode, die nun zu Ende geht, wurde beschlossen, einen Schritt weiter in der Demokratisierung von Attac zu gehen und die beiden Ko-Präsidenten durch ein breiteres Kollektiv von vier Sprechern zu ersetzen, wobei das Geschlechterverhältnis zu beachten war. Dieses Kollektiv ist nach halber Amtszeit auf drei Sprecher verkleinert worden, weil

eine der Sprecherinnen wegen der Übernahme von anderen Verantwortungen aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden ist. Das Sprecherteam hat es möglich gemacht, die Verantwortlichkeiten besser aufzuteilen und der Vertretung von Attac ein differenziertes und weniger personalisiertes Gesicht zu geben, sowohl innerhalb als auch in der Außendarstellung der Organisation. Es wäre wünschenswert, diesen Prozess der Aufteilung der Verantwortlichkeiten und der Vertretung von Attac fortzusetzen. Diese Aufteilung der Verantwortlichkeiten muss auch innerhalb des Verwaltungsrates angewandt werden. Die Verantwortlichkeit für Kampagnen und weitere Verantwortlichkeiten dürfen nicht auf den Schultern weniger Mitglieder des Verwaltungsrates ruhen, das würde der Demokratie und der Wirksamkeit der Aktivitäten der Organisation schaden.

Die gewählten Mitglieder müssen geschult werden, um sich mit den verschiedenen Aspekten der Rolle eines Verwaltungsratsmitglieds vertraut zu machen, und eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Verantwortlichkeiten muss regelmäßig während der Amtszeit durchgeführt werden. Das Büro ist zuständig für die Verwaltung und die Erledigung der laufenden Aufgaben, aber der gesamte Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Schwerpunktsetzung der Organisation und deren Durchführung.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Büros müssen außerdem in direkter Verbindung mit der übrigen Organisation stehen: Die Kommissionen müssen eine wichtige Stütze für die Arbeit des Verwaltungsrats und darüber hinaus der Organisation sein. Sie stehen allen offen und dienen dazu, zu den Debatten und Entscheidungen Beiträge zu liefern, die laufende Betreuung der Kampagnen und Bündnisse zu erleichtern, in Verbindung mit den Gremien der Organisation Material auszuarbeiten (...)

Die Belegschaft im zentralen Büro bildet das Fundament, auf dem in erster Linie die Organisation, die Kommunikation und Betreuung der Kampagnen und wichtiger Aktionen der Organisation in Verbindung mit ihren verschiedenen Gremien ruht. (...) Der Verwaltungsrat muss außerdem Arbeitsbedingungen in Übereinstimmung mit den Wertvorstellungen der Organisation gewährleisten (Räume, Urlaub, Arbeitszeit, berufliche Laufbahn...) und die Unterstützung durch freiwillige Helfer organisieren. (...)

Die Verbindung zwischen dem Verwaltungsrat und den lokalen Gruppen muss sichergestellt werden zum Beispiel durch die Teilnahme von Mitgliedern des Verwaltungsrats an Treffen der lokalen Gruppen. Die Teilnahme der Verwaltungsratsmitglieder an den Nationalen Konferenzen der lokalen Gruppen (CNCL) trägt ebenfalls zum Zusammenhalt der Organisation bei.

### **Die Aktivitäten von Attac mit Hilfe der lokalen Gruppen im ganzen Land verbreiten**

Unsere 150 im gesamten Land verbreiteten lokalen Gruppen stellen einen wesentlichen Faktor unserer Organisation dar. Die lokalen Gruppen treffen sich jährlich drei Mal im Rahmen der Nationalen Konferenz der lokalen Gruppen (CNCL). Während der nächsten Amtsperiode müssen Mittel und Wege gefunden werden, die lokalen Gruppen und die Arbeitsweise der CNCL zu stärken. (...)

### **Attac einen Weg zur akademischen Welt und zur sozialen Bewegung öffnen: der wissenschaftliche Beirat und das Gründerkollegium**

Der Wissenschaftliche Beirat ist ein Instrument zur theoretischen Vertiefung der Schwerpunktthemen von Attac. Es ermöglicht eine Verbindung zwischen Attac und der akademischen Welt aufzubauen. Die Treffen des wissenschaftlichen Beirats sind ab jetzt offen für von außerhalb kommende Teilnehmer. 2015 wurde Seminare über die Laizität, den sozialen und ökologischen Übergang sowie über die europäische Krise mit Beteiligung von Vertretern von Syriza und Podemos abgehalten. Eine jährlich vier Mal erscheinende elektronische Zeitschrift, Les Possibles, wurde ins Leben gerufen. Die Erneuerung des wissenschaftlichen Beirats, die seit mehreren Jahren begonnen wurde, muss weiter verfolgt werden, vor allem hinsichtlich einer Öffnung auf mehrere Disziplinen. Er soll ein Ort sein für Vorschläge und Diskussionen zu den Aktivitäten der Organisation, ihren Kampagnen und den dafür geschaffenen Publikationen, ein Ort der Debatte mit den anderen Akteuren der sozialen Bewegungen, ein Kollektiv im Dienst von Attac für die Schulung ihrer Aktivisten.

Das Gründerkollegium macht es möglich, die Verbindung mit den Organisationen zu festigen, aus denen die sozialen Bewegungen bestehen. Seine Zusammensetzung muss auf den neuesten Stand gebracht werden, um neue Organisationstypen und neue Bewegungen zu berücksichtigen und um das Auftauchen neuer Mittel der Information und neue Ausdrucksformen in Betracht zu ziehen. (...)

### **Aktivistinnen und Aktivisten schulen**

Attac war immer - und wird es auch bleiben - ein Ort um anders Politik zu machen, außerhalb von Parteien, aber im Kern der sozialen Bewegungen. Unsere Organisation spielt weiter eine wichtige Rolle für die politische Information und Ausbildung. Mehr als 16 Jahre nach ihrer Gründung muss Attac ihre Anstrengungen in diesem Sinn fortführen.

Attac muss der Ausbildung, der Integration sowie der Übernahme von Verantwortung



durch neue Aktivisten – vor allem von Frauen, jungen Menschen und von Personen aus unteren Schichten der Bevölkerung - Vorrang einräumen. Der Ausbau des Attac-Campus-Netzwerks entspricht dieser Aufgabe, steckt jedoch voller spezieller Herausforderungen. Die jungen Aktivisten, die beim Attac-Campus mitmachen, erleben oft ihre erste Erfahrungen als Aktivisten und müssen regelmäßig umziehen (Studienortwechsel in Frankreich oder Studium im Ausland). Die Schulung der Mitglieder ist daher entscheidend für das Entstehen und den Fortbestand der Gruppen im ganzen Land. Um zum kontinuierlichen Generationenwechsel beizutragen, muss man die Mittel herausfinden (menschlicher Einsatz, technische, finanzielle Mittel,...) um diese Herausforderungen zu meistern. Es sollte mit Überlegungen begonnen werden, wie die Teams sich kontinuierlich erneuern können, zum Beispiel über die Organisation von Schulung für Mitglieder, auf lokaler und nationaler Ebene.

### **Kommunikation mit einem breiten Publikum**

Um ein breiteres Publikum zu erreichen, ist seit zwei Jahren eine umfangreiche Arbeit über die Außenkommunikation und die Sichtbarkeit von Attac geführt worden. Sie hat dazu geführt, dass eine Reihe unserer Mittel zur Information, zur politischen Alphabetisierung und zur Kommunikation umgestaltet wurden wie unser Web-Auftritt und Lignes d'Attac (Info-Brief). Es wurden aber auch neue Werkzeuge erstellt: die Zeitschrift Les Possibles, die Reihe „Petits guides“, Kampagnenmaterial.... Diese Arbeit muss mit einer dreifachen Zielsetzung weitergeführt werden: unsere Analysen aufwerten, unsere Kampagnen unterstützen, neue Teile der Öffentlichkeit erreichen.

Die vier Dimensionen unserer Kommunikation werden verstärkt:

- Unsere Internet-Kommunikationswerkzeuge (Internetauftritt, Videos, Info-Briefe, soziale Netze).

- Unsere Publikationsaktivitäten (Bücher, Berichte und Beiträge, Lignes d'Attac, Les Possibles).

- Die Herstellung von Agitationsmaterial (kleine Führer, Aufkleber, Plakate...)

- Unsere Verbindungen zu den Medien in der Form von Partnerschaften (anlässlich von Großereignissen, Veröffentlichungen, Kampagnen...)

### Anmerkungen

[1] TTIP, auf französisch - Trans-Atlantic Free Trade Agreement

[2] Canada-EU Trade Agreement – auf französisch - Accord Économique et Commercial Global (AÉCG)

[3] Trade in Services Agreement (TISA)

[4] Afrika, Karibik, Pazifik

Übersetzung: Nabila K., Eveline Haselsteiner, Jürgen Janz (coeditrad) / SiG-Redaktion

## **Französischer Gewerkschaftsbund CGT Offensiven im Herbst**

*Einleitender Bericht von Pascal Bouvier auf der Versammlung des französischen Gewerkschaftsbundes CGT am 30. August 2016 – Auszüge -*

(...) Auf der diesjährigen Herbstversammlung sollten wir uns daran erinnern, dass vor 80 Jahren das Recht auf 2 Wochen bezahlten Urlaub nach vielen Kämpfen errungen wurde. So konnten die Lohnabhängigen mit ihrer Familie einige Entspannungszeiten erleben. Und doch stellen wir fest, dass 80 Jahre später – und bei 5 Wochen bezahlten Urlaub – fast die Hälfte der Menschen in Frankreich keinen Urlaub gemacht hat. Das sollte für uns ein Warnsignal sein! (...)

### **Rechtsextremismus**

Die jahrzehntelange Austeritätspolitik hat eine Zunahme der Prekarisierung und der Zukunftsängste bewirkt. Alle diese sozialen Rückschritte sollen nur den ‚Gesetzen des Marktes‘ dienen – die „Globalisierung“ genannt werden –, indem die Konkurrenz zwischen den Bevölkerungen verschiedener Länder weiter verschärft wird. Dies bewirkt Hoffnungslosigkeit und Rückzugstendenzen –dadurch entsteht ein Klima, das rechtsextreme Parteien hochkommen lässt. In Frankreich war bei den letzten Wahlen ein Erstarken des Front National festzustellen. (1)

Wir, Vorstandsmitglieder der CGT, sind von der Gefahr überzeugt, die der Rechtsextremismus mit dem Front National darstellt. Hingegen lassen sich CGT-Mitglieder manchmal von dem Front National mit seinen Lügen und Betrügereien hinsichtlich der sozialen Frage täuschen. Gegen diese zum Himmel stinkenden Ideen

müssen wir unsere Aufklärungsarbeit bei den Mitgliedern und Beschäftigten fortsetzen. (2)

### **Ausnahmestand ist keine Lösung**

(...) Wieder einmal war Frankreich das Ziel von terroristischen Attentaten. Sie können nur bekämpft werden, wenn der Rechtsstaat und die Freiheitsrechte bewahrt werden.

Jede Demagogie über die Sicherheit muss bekämpft werden. Der Ausnahmestand ist nicht die richtige Antwort und gleichzeitig bedeutet er einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger. (...) Die Regierung muss den Ausnahmestand beenden, wirkungsvolle und verantwortungsvolle Entscheidungen treffen und für eine echte Sicherheit sorgen, die die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte respektiert.

Die CGT agiert nicht allein und hat das Kommuniqué der Initiative ‚wir werden nicht nachgeben‘ unterschrieben. (3) (...) Alle Gliederungen der CGT – auf nationaler wie lokaler Ebene - (...) haben diese extreme Gewalttaten scharf verurteilt und ihre Solidarität und Unterstützung den betroffenen Personen zugesichert. Während unsere Gesellschaft eine in ökonomischer und sozialer Hinsicht fürchterliche Krise ohnegleichen erlebt, müssen die Werte der Solidarität, des Friedens und der Geschwisterlichkeit mehr als je zuvor betont werden, um die Barbarei und die Ungleichheit zurückzudrängen. (...)

Vor allem dürfen wir nicht in die Falle der

Spaltung laufen, zumal laut einer Umfrage durch Ipsos im Juni/Juli 57% der Franzosen sich über ‚zu viele‘ Immigranten beklagen. Die Ideen der extremen Rechten stehen im Gegensatz zu unseren Werten, wobei die Trennung von Religion und Staat einer der Hauptbestandteile ist.

### **Säuberungen in der Türkei**

Die letzte Zeit wurde auch geprägt durch die politische Situation in der Türkei, mit dem erfolglosen Putschversuch, der die Legitimierung der bestehenden Regierung und ihres Präsidenten Erdogan gestärkt hat. Als einzige Antwort auf diesen Angriff will er sofort die Todesstrafe wieder einführen; sein Programm wird in der Türkei von vielen begeistert unterstützt!

Diese autoritäre Regierung macht dort nicht Schluss: Übergriffe der Regierung auf die Medien, Verfolgung und Verhaftungen von Journalisten, Verbote von Veröffentlichungen, Blockieren von Web-Seiten und sozialer Netzwerke. Das macht dieses Land zu einem no man's land für die Informations- und Meinungsfreiheit.

Dieses Land ist das größte Gefängnis für Journalisten mit mindestens 40 Gefangenen. Gegen diese unerträgliche Situation der Unterdrückung der Presse und der blutigen Repression des kurdischen Volkes hat sich das Gewerkschaftsbündnis aus SNJ, SNJ CGT und CFDT mit einem gemeinsamen Brief an den französischen Präsidenten gewandt. Die ‚Säuberung‘ geht weiter. (4)

## Eine instabile Welt

Auf der internationalen Ebene ist die Situation nicht rosig. In den USA kämpft ein Donald Trump (eher Unternehmer als Politiker) um die Präsidentschaft, indem er Mexikaner und schwarze Amerikaner stigmatisiert und nebenbei Frankreich und Deutschland als islamisierte Länder anprangert.

Überall wird die Verantwortung auf die Anderen verlagert; auf die, die die Austeritätspolitik zu spüren bekommen. Europa spielt mit den Ängsten der Menschen hier und der Stigmatisierung von Frauen, Männern, Kindern, die vor Kriegen fliehen und hier Schutz suchen. Es ist das Bild eine Welt in einer sehr instabilen Lage, für die unsere Regierungen eine große Verantwortung tragen.

## Arbeitsrecht

Das neue Arbeitsgesetz gehört zu den Werkzeugen, die kollektive Rechte zerstören, um einem ungezügelm Kapitalismus zu dienen.

Nach einer sehr schnellen Behandlung vor dem Verfassungsrat wurde dieses Gesetz mitten im Sommer erlassen, ohne dass jemals darüber abgestimmt wurde! Die unglaubliche Hast des Premierministers, das 49-3 aus der Tasche herauszuholen (5), sagt viel aus über den Zynismus, mit dem er sein soziales Projekt durchdrücken will. Es ist außerdem der Beweis dafür, dass er für eine solche Abstimmung keine Mehrheit mehr hatte. (...)

Seit fünf Monaten bilden wir im ganzen Land eine Front gegen diese neue neoliberale Welle. (...) Die Bevölkerung steht hinter den Gewerkschaften, die sich dagegen engagieren. Man muss sich nur die Abstimmung ansehen, an der innerhalb von nur 4 Wochen eine Million Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben. (6) (...) Die Bürger möchten neue Arbeitsgesetze, aber lehnen dieses Gesetz ab.

Seit Beginn der Mobilisierungen ändern sich die Zahlen nicht. Immer noch lehnen 70% der Franzosen dieses Gesetz ab, wobei die Durchführung unserer Abstimmung in den Betrieben gezeigt hat, dass 92% der Ar-

beitnehmer dagegen sind. Angesichts solcher Zahlen könnten unsere Versammlungen und Debatten mit den Arbeitnehmern uns erlauben, die soziale Bewegung zu verbreitern und zu verstärken.

Wir müssen jedoch auch aus der Bürgerabstimmung eine Bilanz ziehen und sehen, was gut funktioniert hat und wo es haperte. Auch wenn diese Abstimmung es uns ermöglicht hat, in nur 4 Wochen 1 Million Menschen zu erreichen – was nicht so leicht wie eine Unterschrift bei change.org am eigenen PC geht –, dürfen wir nicht über die Schwächen unseres gewerkschaftlichen Lebens hinwegsehen. (...) Wir sollten unsere Erfahrungen austauschen, ohne irgendeine Organisation oder Gewerkschaft zu stigmatisieren. Diese Bilanz sollten wir beim nächsten CCN im November vertiefen. (7) Bei den Kämpfen, die wir seit 5 Monaten führen, genauso wie 2010 fehlte die Durchführung von Streiks in Betrieben und anderen Arbeitsstätten. (8)

Seit Beginn dieses Konfliktes schauen Gewerkschaften in Europa und in der Welt auf uns und unterstützten uns. Sie haben alle das Beispiel Griechenland im Kopf. Dieses Land war im Visier der Troika, die in dem Land eine Zerstörung der Regeln kollektiver Tarifverträge durchsetzte, was erstaunlich an Artikel 2 des neuen Arbeitsrechts erinnert. Überall wird die von der EU durchgesetzte Politik kritisiert und abgelehnt.

Unser französisches Sozialmodell ist eine Referenz für viele Arbeitnehmer auf dieser Erde. Es muss verteidigt werden. Es ist unser gemeinsames Gut, Ergebnis langer Arbeitskämpfe, die die soziale Geschichte unseres Landes geprägt haben, das als Land der Menschenrechte gilt.

Diese Ablehnung ohne Unterlass treten Präsident Hollande, sein Premierminister und seine Arbeitsministerin mit den Füßen, sie zerstören das bestehende Arbeitsrecht und missachten auch die fundamentalen Regelungen der ILO. Dieses Gesetzesvorhaben verletzt ebenfalls den Pakt der Vereinten Nationen über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte. (9)

Experten des UN-Komitees für die ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundrechte haben ihr Gutachten vorgelegt. Es ist niederschmetternd für Frankreich.

Die CGT behält sich das Recht vor, vor der Justiz zu klagen und wird gleichzeitig die Protestbewegungen gegen dieses ungerechte und illegale Gesetzesvorhaben fortführen.

## Repression

Die Angriffe auf die CGT haben nicht aufgehört. Loic, Cédric, Antoine, Laurent, Nicolas und viele andere haben etwas Gemeinsames. Sie gehören alle zur CGT. Sie haben alle an Demonstrationen gegen das „Loi Travail“ teilgenommen. Sie sind alle inhaftiert worden und warten auf die Gerichtsverhandlung. (10)

Diese willkürlichen Verhaftungen hatten für die Regierung nur ein Ziel: die soziale Bewegung knebeln und die von der breiten Bevölkerung unterstützten Proteste zu diskreditieren, während die Randalierer freie Bahn hatten. Wie Sie wissen, hat die CGT einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen während der Demonstrationen beantragt. (11)

Konfrontiert mit solchen, von oben gelenkten, Machenschaften, verlangt die CGT nochmals ein Amnestiegesetz, die Abschaffung der Erfassung in einer Datenbank ADN, vor allem für gewerkschaftliche Mitglieder und den Schutz der gewerkschaftlichen Rechte.

Die CGT wird sich nicht einschüchtern lassen....

## Arbeitszeitverkürzung

Dieser Herbst wird durch unsere Kampagne für die 32-Stundenwoche geprägt sein. Diese Kampagne ist umso wichtiger, als viele Firmen anfangen, die Arbeitszeit infrage zu stellen. Bei Bouygues Telecom soll sie erhöht werden...

Als Gegenströmung zum Druck, die 35-Stunden-Woche infrage zu stellen, muss unsere Kampagne (32-Stunden-Woche ohne Einkommensverlust) schnell starten. (12) Vielen Dank für Ihr Zuhören.

Übersetzung: coorditrad / SiG-Redaktion

Vollständiger Text auf Französisch hier: <http://cgt.fr/Une-rentree-a-l-offensive.html>, weitere CGT-Texte in der Werkstatt für SiG 122

## Frankreich LOI Travail: landesweiter Aktionstag am 15. September -

In der Veröffentlichung vom franz. Wissenschaftlichen Beirat „Les Possibles“ (Sept. 2016):

<https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-11-automne-2016/dossier-le-travail-en-question-s/article/les-enjeux-de-la-loi-travail> (wird übersetzt)

## Frontex 2.0: EU-Grenzschutzagentur bekommt Eingreiftruppe und mehr Kompetenzen gegenüber Nationalstaaten - Seenotrettung gehört nicht dazu

Mit einem medienwirksamen Auftritt wurde die Befugnisserweiterung der EU-Grenzschutzagentur »Neues Frontex« am 6. Oktober an der türkisch-bulgarischen Grenze unter Anwesenheit des EU-Flüchtlingskommissars Dimitris Avramopoulos verkündet. Die Wahl des Ortes war kein Zufall, geht es doch um die Verstärkung der Frontex-Einheiten in Bulgarien durch Technik und Personal.

Zukünftig kann die in Warschau ansässige Grenzagentur sogar gegen den Willen der jeweiligen nationalen Regierungen die »notwendigen« Maßnahmen zum Schutz des Schengen-Raums treffen, etwa wenn Mitgliedsstaaten nach Ansicht von Frontex ihre Grenzen nicht ausreichend abdichten oder Nicht-EU-Ausländer nicht oft genug abschieben.

Hierzu wird die Agentur, die ursprünglich nur Koordinationsaufgaben für die Grenzabschottung der EU-Staaten ausübte, über eigenes Personal verfügen. Damit sei ein großer Schritt zu einer »echten EU-Grenzpolizei« getan, jubelte Frontex-Chef Fabrice Leggeri. Eine 1.500 Personen starke »schnelle Eingreiftruppe« soll ab dem 6.

Dezember permanent in Bereitschaft stehen. Die Truppe kann nun zudem selbstständig Flugzeuge chartern, während sie bislang darauf warten musste, dass ein EU-Mitgliedsstaat ihr die gewünschten Maschinen überließ. 200 dieser Grenzer werden künftig in Bulgarien stationiert sein. Dort ist ein der Abwehr von Flüchtlingen dienender Drahtzaun entlang der Landgrenze zur Türkei bis auf wenige Kilometer fertiggestellt, wie die bulgarische Europaministerin Meglena Kunewa erklärte.

Abschiebungen seien »nicht das Kerngeschäft«, wies Frontex-Direktor Klaus Röslers Vorwürfe zurück, Frontex werde nun zur Abschiebeagentur. Schließlich würden negative Aufnahmebescheide für Asylsuchende weiterhin von den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ausgestellt. Doch mit ihren abkommendem Jahr zur Verfügung stehenden »Einheiten für schnelle Abschiebungen« kann Frontex selbst die zwangsweise Rückführung von Schutzsuchenden organisieren.

Seit mehr als einem Jahr wird die Grenzschutzagentur systematisch vor dem Hintergrund der sogenannten »Flüchtlingskrise« mit weiteren Kompetenzen und neuer Lo-

gistik ausgebaut. Die damit verbundene Militarisierung der EU-Außengrenzen führte zu einem Anstieg der auf immer riskanteren Fluchtrouten ertrunkenen Schutzsuchenden.

Die Frontex-Reform sieht verstärkt Operationen außerhalb der EU vor. Zum einen mit Staaten wie Serbien und Mazedonien, über die im vergangenen Jahr ein Großteil der Flüchtenden und Migranten nach Europa kam. Aber auch mit Ländern im Nahen Osten oder in Afrika soll nach Angaben von Frontex-Chef Leggeri die Zusammenarbeit ausgebaut werden. So bildet die Agentur bereits heute Grenzschützer des Bürgerkriegslandes Libyen aus, das derzeit nicht einmal über eine allgemein anerkannte Regierung verfügt.

Weiterhin kein Bestandteil der Frontex-Reform ist ein Mandat zur Rettung von Flüchtlingen und Migranten aus Seenot. Eine entsprechende Forderung wurde vom Europäischen Rat als der Vertretung der nationalen Regierungen abgeschmettert.

*Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag*  
<http://www.ulla-jelpke.de/>  
<https://www.jungewelt.de/2016/10-10/015.php>

Abschiebungen nach Afghanistan: Zurück ins Elend <http://www.jungewelt.de/2016/09-13/001.php>

Stefan Wilker

## Initiativen 50 aus Idomeni / Durchsetzung der Relocation

### Kommunale Initiativen fordern Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland

Als im Frühjahr 2016 die Balkanroute geschlossen wurde, saßen plötzlich zehntausende Flüchtlinge in Griechenland fest. Die meisten von ihnen hatten darauf gesetzt, von dort nach Deutschland oder in andere europäische Länder weiterreisen zu können. In Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze harren Tausende unter katastrophalen Bedingungen aus in der Hoffnung, doch noch durchgelassen zu werden.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht: die Grenze blieb dicht, das »wilde« Lager Idomeni wurde aufgelöst und die dort lebenden Menschen in andere »offizielle« Camps in Griechenland verlegt. Die Zustände dort sind allerdings keinen Deut besser: Die Lager sind oftmals überfüllt, es gibt keine angemessene medizinische Versorgung, die Verpflegung ist schlecht. Viele Camps befinden sich in abgelegenen Gegenden, die Geflüchteten leben in Zelten in verlassenen Industrie- und Lagerhallen ohne Heizung und ausreichende sanitäre Anlagen.

Damit wollten sich Aktive aus verschiedenen Flüchtlingsinitiativen in Deutschland nicht abfinden. Seit dem Frühjahr haben sich in einer Reihe von Städten und Gemeinden Bündnisse formiert, die die schnelle Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland in ihrer Kommune fordern.

#### Startschuss in Osnabrück – die Initiative „50 aus Idomeni“

Eine der ersten Initiativen entstand im März in Osnabrück. Den Startschuss gab eine Stadtteilgruppe, die schon seit längerem Flüchtlinge betreut und unterstützt hatte. Darunter waren etliche Geflüchtete, deren Verwandte oder Bekannte noch in Griechenland waren und die nun die geplante Weiterreise zu ihren Angehörigen in Osnabrück nicht mehr antreten konnten. So entwickelte sich die Idee, die Stadt Osnabrück dazu zu bewegen, sich zur Aufnahme von 50 Geflüchteten aus Idomeni bereit zu erklären und sich dafür auch bei der Bundesregierung einzusetzen. Es wurde ein

Offener Brief mit dieser Forderung an den Stadtrat geschrieben, für den lokale Unterstützer\*innen aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsinitiativen und andere gewonnen wurden.

Gleichzeitig lancierte das inzwischen entstandene lokale Bündnis »50 aus Idomeni« über WeAct! eine Online-Petition, die in kurzer Zeit von über 1500 Menschen unterschrieben wurde. Dazu kam eine intensive Pressearbeit sowie Hintergrundgespräche mit dem Osnabrücker OB, dem niedersächsischen Innenminister und den Ratsfraktionen – mit dem Ergebnis, dass der Stadtrat Mitte Juni mit den Stimmen aller Fraktionen (außer der CDU) einen Beschluss im Sinne des Offenen Briefs fasste.

#### Das Beispiel macht Schule – andere Städte ziehen nach

Die Initiative aus Osnabrück fand bald Nachahmer in anderen deutschen Städten. »50 aus Idomeni« hatte von Anfang an versucht, die eigene Aktion bundesweit be-

kannt zu machen und ähnliche Projekte in weiteren Kommunen anzustoßen. Denn den Aktiven war klar, dass – wenn überhaupt – nur eine breitere Bewegung von unten den notwendigen Druck erzeugen kann, um die Bundesregierung zur Aufnahme einer größeren Zahl von Geflüchteten aus Griechenland zu bewegen.

**Mittlerweile gibt es vergleichbare Bündnisse in Darmstadt, Hamburg, Hannover, Mainz, Marburg, Mannheim, Münster, Potsdam und im Wendland.**

Auch sie versuchen, Beschlüsse ihrer Stadträte zu erreichen, in denen die sich zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Stadt bereit erklären. Unterstützt werden diese Bestrebungen von Pro Asyl und verschiedenen Landesflüchtlingsräten. Eine Mailingliste sorgt für Informationsaustausch und Kontakt unter den bestehenden

Initiativen.

Neben der lokalen Arbeit planen die aktiven Gruppen ab Ende Oktober eine bundesweite Online-Petition. Mit der wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Verpflichtungen aus dem „Relocation“-Programm der EU nachzukommen. Danach sollen bis September 2017 insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus griechischen und italienischen Camps in die EU-Mitgliedsstaaten „umverteilt“ werden.

Dieses Programm wird von den meisten Staaten so gut wie gar nicht umgesetzt: bis heute sind gerade mal 6000 Menschen darüber aufgenommen worden. Auch Deutschland hat erst 216 von zugesagten 27.300 Plätzen zur Verfügung gestellt. (In der nächsten SiG stellen wir die Petition ausführlich vor.)

Links zu den örtlichen Initiativen:

Darmstadt :

<https://www.facebook.com/57nachDarmstadt/>

Hamburg:<http://50ausidomeni.de/wp-content/uploads/2016/10/Petition-Hamburg-hat-Platz-4.pdf>

Mainz: <http://welcome-mainz.de/griechenland/>

Mannheim: <http://save-me-mannheim.de/>

Münster: <http://50ausidomeni.de/wp-content/uploads/2016/09/M%C3%BCnster-Stadt-der-Zuflucht-Unterst%C3%BCtzungsaufruf.pdf>

Osnabrück: <http://50ausidomeni.de/>

Potsdam: <https://www.potsdam-konvoi.de/arbeitsgruppen/>

Wendland

<http://50ausidomeni.de/initiativen-in-anderen-staedten/>

## EUROPÄISCHE KONFERENZ RIGHTS 4 ALL NOW!

### Soziale und Arbeitnehmerrechte in Zeiten von Austerität und Deregulierung Verstärkung und Vernetzung der Kämpfe in Europa

BRÜSSEL – 25&26 NOVEMBER 2016

Rue Pléinckx 19 Pletinckxstraat

Eine Initiative des  [www.altersummit.eu](http://www.altersummit.eu)

*Wenn wir unser eigenes Europa bauen wollen, müssen wir die Regeln der EU in Frage stellen. Das Versagen der EU-Wirtschaftspolitik, die autoritäre Politik und die Delegation ihrer Bürokratie sind der Nährboden für nationalistische und fremdenfeindliche Stimmungsmache, die Demokratie und Frieden bedroht.*

*Was uns von den europäischen Eliten als Zukunftsmodell vorgeschlagen und von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten mitgetragen wird, wird diese Widersprüche noch verstärken: Der Fünf-Präsidenten-Bericht, das REFIT-Programm und die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA werden – unter dem Druck der Schuldentilgung und der Wettbewerbspolitik – die Errungenschaften der Arbeitskämpfe und Widerstandsbewegungen eines ganzen Jahrhunderts bedrohen.*

*Dennoch haben wir auf Europa gesetzt. Europa mit seiner Geschichte derselben Kämpfe und als Ort unserer gemeinsamen Kämpfe. Europa als Ort der grenzüberschreitenden Solidarität im Kampf gegen die ungeheure Kapitalmacht als Antwort auf die globalen Herausforderungen der Menschheit. Dieses Europa kann nur durch die Vernetzung lokaler Kämpfe und auf der Basis einer umfassenden Analyse der EU geschaffen werden, die zum größten Gegner unseres europäischen gesellschaftlichen Erbes geworden ist.*

**Beteiligen Sie sich an der inhaltlichen Gestaltung der Tagung!**

**Schließen Sie sich einer der Arbeitsgruppen an!**

#### 25. November 2016, 10-13 Uhr: Plenum

25. November 2016 14 Uhr - 18 Uhr  
und 26. November 2016, 9.30 Uhr – 11.30 Uhr  
**WORKSHOPS**

Kämpfe gegen Klimawandel und Austerität -Kann der ökologische Umbau das uns einende Ziel sein?

Zusammenführung der Kämpfe, Brücken zur Einheit bauen

Widerstand 2.0: Veränderungen in Produktion und Wirtschaft durch Technologie - Antworten auf eine neue Arbeitswirklichkeit entwickeln

Verteidigung und Förderung der Gemeingüter und der öffentlichen Dienste

**26. November 2016, 12 Uhr - 16.30 Uhr: Plenum (mit Mittagspause)**  
**Ergebnisse - Eine gemeinsame Agenda aufbauen!**

*Alle Veranstaltungen werden übersetzt ins Deutsche, Englische, Französische, Spanische. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg Stiftung (Brüssel) und von Attac Deutschland*

#### **ONLINE-REGISTRIERUNG**

<http://www.altersummit.eu/accueil/article/conference-social-labour-rights-in?lang=de>